

# Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

<b>POLITISCHE VERFOLGUNGEN . . . . .</b>	<b>5</b>
<b>WILLKÜR DER RECHTSCHUTZ- UND RICHTSORGANE . . . . .</b>	<b>23</b>
<b>DRUCK AUF UNTERNEHMER . . . . .</b>	<b>30</b>
<b>XENOPHOBIE UND EINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT . . . . .</b>	<b>32</b>
<b>MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT . . . . .</b>	<b>36</b>
<b>FREIHEIT FRIEDLICHER VERSAMMLUNGEN . . . . .</b>	<b>38</b>
<b>MISSACHTUNG BÜRGERLICHER RECHTE . . . . .</b>	<b>40</b>

## **Redaktionskollegium des Bulletins**

- **Leonid KRAWTSCHUK** – ehemaliger Präsident der Ukraine (1991-1994), Abgeordneter der Werchowynaja Rada der Ukraine, Politbüromitglied der (SDPU(V)), Vorsitzender der parlamentarischen Fraktion der (SDPU(V)). Absolvent der Staatlichen Universität zu Kiew, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Träger des Ordens „König Jaroslaw der Weise“ 5. und 4. Klasse.
- **Oleksander TSARENKO** – Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Volksdeputierte der Ukraine.
- **Valentyna VORONKOVA** – Doktor der philosophischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Management der Organisationen bei der Staatlichen Ingenieurakademie in Saporoschje, Akademikerin der Ukrainischen Akademie für politische Wissenschaften, Akademikerin der Internationalen Akademie der Wissenschaften der Hochschule (Moskau).
- **Mykhaylo SHUTOV** – Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor der Donetsker Staatlichen Medizinuniversität von Maksym Gorky, Verdienter Arzt der Ukraine.
- **Oleksiy FEDYAKIN** – Doktor der technischen Wissenschaften, Professor mit Lehrstuhl für Informationstechnologien bei der Ukrainischen staatlichen chemisch-technologischen Universität (Dnepropetrowsk).

# Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

ББК 66.3(HEM)6  
H30

Ausführlichere Informationen über die politischen Repressalien in der Ukraine können Sie auf der Webseite „POLITERROR. Anthologie der politischen Repressalien. Menschenrechtverletzungen in der Ukraine“ ([polit-terror.info](http://polit-terror.info)) finden. Die Webseite beobachtet die ukrainischen Massenmedien, die über grenzenlose Willkürakte der ukrainischen Macht berichten, Sie wird täglich aktualisiert. Auf der Webseite sind ebenfalls die elektronischen Versionen der vorigen Ausgaben dieses Bulletins in Russisch, Englisch und Deutsch vorhanden. Auf den Webseiten „Ohne Zensur“ ([bezczury.info](http://bezczury.info)), „Neue Macht“ ([novavlada.info](http://novavlada.info)), „Patriot. Eine Bibliothek des Antiglobalisten“ ([patriot-ua.info](http://patriot-ua.info)) finden Sie kritische Publikationen über Probleme der ukrainischen Innen- und Außenpolitik während der Präsidentschaft Wiktor Juschtschenkos.

## POLITISCHE VERFOLGUNGEN

**Die Macht versucht, das gesamtukrainische Referendum zu vereiteln, und dadurch die Menschen ihrer freien Willensäußerung zu berauben**

■ **Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei der Ukraine (vereinigen)\*, Wiktor Medwedschuk erklärte, die präsidentiale Mannschaft unternehme gesetzwidrige Aktionen, um die Durchführung des gesamtukrainischen Referendums über die Beitritt der Ukraine zur Nato und die Zusammenarbeit mit Russland, Weißrussland und Kasachstan im Rahmen des GWR\*\* zu vereiteln. Insbesondere führte er aus:**

„Die Ukraine hat eine Chance erhalten, ihr eigenes Schicksal nach dem höchsten demokratischen Prinzip – der vor der Verfas-

\* Eine Zentrumsparterie, die vom ehemaligen Leiter der Präsidentschaftsadministration, Wiktor Medwedschuk, geführt wird. Die Partei befindet sich in der Opposition gegen die amtierende Macht.

\*\* Die SDPU (V) initiierte das Referendum über den Beitritt der Ukraine zur Nato sowie die Zusammenarbeit mit Russland, Weißrussland und Kasachstan im Rahmen des Gemeinsamen Wirtschaftsraums. Am 24. November übergab die SDPU (V) der Zentralen Wahlkommission die Unterlagen zur Registrierung der Initiativgruppen, die Unterschriften für die Durchführung des Referendums sammeln werden. Im Mai 2005 versprach Präsident Wiktor Juschtschenko, dass über den Beitritt der Ukraine zur Nato und EU durch ein Referendum entschieden würde.



Wiktor Medwedschuk

sung des Landes garantierten freien Willensäußerung zu bestimmen. Indem sie die Durchführung eines solchen Referendums initiiert hatte, war und bleibt die SDPU (V) der Auffassung, dass es möglich macht, die Außenpolitik des Landes unter Berücksichtigung der Meinung und im Interesse der meisten Bürger der Ukraine zu gestalten.

Die volksfeindliche Außenpolitik, die von der jetzigen Macht betrieben wird, führte schon unumkehrbare Folgen herbei, darunter für die Wirtschaft des Landes. Indem sie die Zusammenarbeit mit Russland und den anderen Staaten im Rahmen des GWR abbaut, gegen die Interessen des ukrainischen Volkes agiert und sich keine Gedanken über die Folgen macht, hat die „orangerfarbene Mannschaft“ dem Land bereits milliarden-schwere Schäden zugefügt.

In groß angelegten geopolitischen Spielen im Interesse der überseeischen „Partner“ der amtierenden Macht wurde der Ukraine bereits die Rolle einer „sanitären Pufferzone“ der Nato übertragen. Das hat nichts mit der

europäischen Integration zu tun, die von der Macht unermüdlich verkündet wird.

Ich erkläre, dass die heutige Macht nur ihre eigennützigen politischen Ziele und Interessen verfolgt, und sich mit allen Kräften bemüht, die Ukraine in die Nato hineinzuziehen.

Gleichzeitig unternimmt die präsidentiale Mannschaft gesetzwidrige Anstrengungen und setzt die Methoden ein, um das gesamtukrainische Referendum über den Beitritt der Ukraine zur Nato zu vereiteln. Unter Einsatz so genannten „Telefonrechts“, administrativer und moralischer Beeinflussungsmethoden wird auf die Zentrale Wahlkommission Druck gemacht, dessen Zielsetzung in der Nichtzulassung der Registrierung der Initiativgruppen und der Nichtdurchführung des gesamtukrainischen Referendums besteht.

Ich betone nachdrücklich, dass wir es nicht zulassen, dass das ukrainische Volk seines Rechts auf freie Willenserklärung und Selbstbestimmung beraubt würde, sowie seines Rechts, nicht auf Anweisung der transatlantischen Gönner zu leben.

Das gesamtukrainische Referendum über die Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato und die Zusammenarbeit mit Russland, Weißrussland und Kasachstan im Rahmen des GWR wird auf jeden Fall abgehalten!“.

**In der Mitteilung der Pressestelle der Saporoschkaja Regionalleitung der SDPU (V) wird dazu wie folgt festgestellt:**

„Anfang November wurden aus Initiative der SDPU (V) in allen Regionen der Ukraine Veranstaltungen durchgeführt, auf denen Initiativgruppen zur Unterschriftensammlung für das gesamtukrainische Referendum gewählt wurden.

Die Notwendigkeit dieses Volksentscheids wird durch die eifrigen Aktivitäten des Präsidenten und seiner Regierung hervorgerufen, die auf eine Beschleunigung des Beitrittsprozesses in die Nordatlantische Allianz

hinwirken. Sie unterschrieben u. a. eine Reihe von Dokumenten, die ab 2006 etwa 90 Milliarden Griwna aus dem Haushalt für die Anpassung der ukrainischen Streitkräfte an die Nato-Standards vorsehen.

Die Beitrittsprozeduren jedes Landes zur Nato setzen die Durchführung eines Referendums voraus. Die Wahl, in der Nato zu sein oder nicht, muss das Volk treffen.

Die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) bringt ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck, dass die Zentrale Wahlkommission, die ihre eigene Geschäftsordnung verletzt, bislang nur 9 Anträge über die Registrierung der Initiativgruppen behandelt und nur 5 davon entsprochen hat. Wir sind der Meinung, dass unter Druck der Macht die Zentrale Wahlkommission die Registrierung der Initiativgruppen und den Anfang der Unterschriftensammlung vorsätzlich verschleppt“.

**Die Dnepropetrowskaja Regionalorganisation der SDPU (V) ließ eine Erklärung verbreiten, die folgenden Inhalt hat:**

„Aus vertrauenswürdigen Quellen wurde uns bekannt, dass die Chefin der staatlichen Regionaladministration, Frau Dejewina N.M., die Stadtbürgermeister der Dnepropetrowskaja Region nachdrücklich auffordert, aus der Zentralen Wahlkommission unter allen Ausreden die Unterlagen abzurufen, die mit der Registrierung der Initiativgruppen zur Unterschriftensammlung für das gesamtukrainische Referendum über den Beitritt der Ukraine zur Nato und die Zusammenarbeit im Rahmen des GWR zusammenhängen.

Wir bringen unseren entschiedenen Protest gegen eine derartig grobe Missachtung des Gesetzes durch die ranghohen Beamten der Exekutivmacht zum Ausdruck.

Wir rufen die regionale Führung auch auf, von der Einmischung in die legitimen Aktivitäten der Bürgermeister Abstand zu nehmen und dem verfassungsmäßigen Recht der

ukrainischen Bürger auf ihre Meinung über das künftige Schicksal ihres Landes nicht im Wege zu stehen.

Gennadij Gwosdew, Vorsitzender der vereinigten Sozialdemokratie in der Dnepropetrowskaja Region“.

**In seinem Kommentar zur Behinderung der Initiatoren des gesamtukrainischen Referendums durch die Macht stellte der Volksabgeordnete der Ukraine und Sekretär der Krimskaja Republikleitung der SDPU (V) Efim Fiks u. a. fest:**

„Einige Beamte auf der Krim haben den Stadtbürgermeistern empfohlen, die der Zentralen Wahlkommission bereits zugeleiteten Unterlagen zum Referendum abzuberufen. Darüber erfuhr ich aus dem ersten Mund – während meines gestrigen Gesprächs mit den Bürgermeisterinnen, die diesen „Auftrag“ unmittelbar erfüllen sollten.

Ich machte sie darauf aufmerksam, dass derartige Unternehmungen strafbar sind, weil sie der Verfassung der Ukraine zuwiderlaufen und die freie Meinungsäußerung der Menschen behindern. Wir werden es nicht zulassen, dass unter administrativem Druck die Unterlagen zur Initiativgruppen aus der Zentralen Wahlkommission abgerufen würden“.

**Der Stadtrat Lwows lehnte die Registrierung der Initiativgruppen zum Nato-Referendum ab. Der stellvertretende Vorsitzende der SDPU (V) Igor Schurma erklärte dazu:**

„Über die Begründung der Beanstandungen seitens des Stadtrats wird das Gericht entscheiden. Der Beitritt zur Nato würde für die Ukraine bedeutend kostspieliger ausfallen, als die Durchführung des Referendums über die Zweckmäßigkeit des Anschlusses an die Nordatlantische Allianz. Sollte die Ukraine beschleunigt integriert werden, würde es etwa

90 Milliarden Griwna kosten. Dabei würden etwa 1.500 Betriebe des militärindustriellen Komplexes unseres Landes, die sich heute bei weitem nicht im schlimmsten Zustand befinden, auf ihre Existenz verzichten müssen. Arbeitslos blieben 1,5 Millionen Ukrainer“.

**Am 8. Dezember berichtete die Pressestelle der SDPU (V) über den Versuch, das Referendum in der Chersonskaja Region zu behindern:**

„Bis dato hat die Zentrale Wahlkommission bereits 16 Initiativgruppen registriert. Doch nach der Anmeldung der ersten Gruppen schreckte sich die Macht auf, nachdem sie begriffen hatte, dass das Referendum rechtswirksam werden würde. Deshalb versucht sie jetzt, die Durchführung des Referendums zu verhindern, indem sie die Gesetze der Ukraine missachtet und manchmal sogar die gesunden Vernunftgrenzen überschreitet.

So wandte sich der Vorsitzende des Zurjupinskij Kreisrats, Chersonskaja Region, an die Zentrale Wahlkommission mit der Bitte, seinen Antrag auf die Registrierung der Initiativgruppe zur Durchführung des gesamtukrainischen Referendums abzuberufen. In der Begründung schreibt er u. a. wie folgt:

„Hinsichtlich der Registrierung der Initiativgruppe ersucht der Zurjupinskij Kreisrat um Berücksichtigung der Tatsache, dass die besagte Frage, die das Referendum betreffende, nicht den öffentlichen Prioritätsinteressen des Zurjupinskij Kreises entspricht. Auf dieser Grundlage und unter Berücksichtigung der Meinung der breiten Öffentlichkeit berufe ich den Antrag zurück“.

Da erübrigen sich jegliche Kommentare. Herr Klewzow hat einfach für alle Bürger des Kreises unterschrieben und ihnen dadurch das Recht weggenommen, an der Gestaltung des weiteren Schicksals der Ukraine mitzuwirken“.

## Überfälle auf Büros der Oppositionspartei setzen sich fort

■ Am 5. Dezember wurde das Büro der Stadtorganisation der SDPU (V) in Krasnoarmejsk, Donezskaja Region, demoliert

Wie die Pressestelle der SDPU (V) mitteilt, seien die Täter durch die Tür eingebrochen und hätten die in der Stadtleitung aufbewahrten Dokumentationen vernichtet sowie einen Personalcomputer und andere bürotechnische Mittel entwendet.

Es ist bezeichnend, das das Büro in der Stadtmitte liegt, im gleichen Stockwerk mit dem Büro der Stadtorganisation der Partei „Volkunion „Nascha Ukraina“. Im selben Haus befinden sich auch die Leitungsorgane anderer Parteien. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten aber kam niemand zu Schaden.

Es handelte sich bereits um den zweiten Überfall auf eine Vertretung der SDPU (V) in jüngster Zeit. In der Nacht vom 27. auf den 28. November wurde ebenfalls das Parteibüro in der Stadt Browary, Kiewskaja Region, überfallen, genau so entwendete man damals bürotechnische Mittel und Parteidokumente.

## Volksabgeordneter erklärt über totale Beschattung ukrainischer Politiker seitens der Macht

■ Stepan Gawrisch stellte die ungesetzliche Abhörung seines Dienstzimmers fest

Wie die Internet-Ausgabe „LIGA-Businessinform“ mitteilt, habe er berichtet, dass an seinem Arbeitstisch „entsprechende Fachleute am 27.



Stepan Gawrisch

November eine Ausrüstung entdeckt haben, die für die Anhörung der Gespräche eingesetzt werden kann“.

Diese Ausrüstung befand sich, nach seinen Worten, im aktiven Arbeitszustand, ihre Ausstrahlung wurde von allen Geräten festgehalten, mit denen das Arbeitszimmer untersucht wurde. Die Fachleute schlossen nicht aus, dass noch weitere, passive Abhörsysteme eingebaut wären, die sich auf Stimme aktivieren lassen.

„Da die letzte Untersuchung meines Dienstzimmers Anfang 2005 durchgeführt wurde, so aktivierte man den Lauschkomplex spätestens im vergangenen Frühjahr. Im Herbst wurde auf meine nachdrücklichen Appelle an die Führung der Rechtsschutzorgane hin eine leistungsstarke Antenne demontiert, die man, zehn Meter von meiner Wohnung entfernt, auf dem Dach einer privaten Firma aufgebaut hatte, die ihr Büro in einer Wohnung unterhält. Wie der Abgeordnete hinzufügte, hätten die Fachleute erkannt, dass diese Ausrüstung das Abhören von Telefongesprächen wie

in Wohnräumen als auch von privaten Gesprächen, insbesondere per Handy, ermöglichte“.

„Die angeführten Tatsachen können nur das einzige bezeugen: die Macht betreibt eine totale Bespitzelung der ukrainischen Politiker. Sie zielt auf die Schaffung einer Informationsbasis für die politische Verfolgung der Opponenten sowie auf den Handel mit kompromittierenden Unterlagen ab, was in letzter Zeit gang und gäbe geworden ist. Eigentlich hat das auch der Präsident der Ukraine zugegeben, als er bei der Vorstellung des neuen Generalstaatsanwalts dem Kollegium der Generalstaatsanwaltschaft feststellte, dass der Sicherheitsdienst und das Innenministerium über 10.500 gesetzwidrige Abhöraktionen durchgeführt hatten. Juschtschenko bezeichnete sie unmissverständlich als politische Verfolgungen. Über weitere 40.000 Lauschaktionen wurde den Geheimdiensten zugestimmt. Jeder tausendste Ukrainer wird also rund um die Uhr ungesetzlich abgehört“, unterstrich Gawrisch.

Vor diesem Hintergrund wird offensichtlich, dass „die Erklärungen der neuen Macht über die Priorität der Menschenrechte und Freiheiten nur als billiger Populismus erscheinen, unter dessen Deckmantel planmäßig nach neuen Opfern gesucht wird. Die Macht braucht Feinde, um die Gesellschaft einschüchtern zu können, die gravierenden Fehlrechnungen für die nationale Entwicklung sowie die bespiellose Korruption der politischen Umgebung des Staatsoberhaupts zu rechtfertigen“.

Nach den Worten des Volksabgeordneten sei die Abhöraktion seines Dienstzimmers „ein Zeichen des neuen totalitären Systems“.

Der Parlamentarier verlangte von der Generalstaatsanwaltschaft die Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens nach dem Tatbestand der ungesetzlichen Abhöraktion, die Durchführung einer unabhängigen Begutachtung über gesundheitliche Folgen der

Bestrahlung, die Demontage aller Abhörausrüstungen in seiner Anwesenheit sowie der Journalisten, die Einsicht in die Untersuchungsakten sowie die Vernichtung aller ungesetzlichen Unterlagen im Zusammenhang mit der Abhöraktion seines Dienstzimmers.

## Ex- Chef des Sicherheitsdienstes verdächtigt die Machtpartei der Organisierung politischer Provokationen

■ Auf seiner Pressekonferenz stellte der Wahlstabsleiter des Blocks Julia Timoschenkos, Alexander Turtschinow, u. a. fest:

„Mir ist gekannt geworden, dass gegen unseren Wahlblock Systemprovokationen geplant, vorbereitet und durchgeführt werden, um bei den ukrainischen Bürgern Unzufriedenheit und Erregung gegen die politischen Parteien hervorzurufen, die von Julia Timoschenko geführt werden“.

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ dazu schreibt, habe Alexander Turtschinow gefälschte Einladungen zum zwischenparteilichen Kongress des BJT-Wahlblocks vorgelegt sowie fiktive Einladungen in das McDonalds-Restaurant, in dem auf Kosten des BJT\* Speise und Trank angeboten wurden. Wie Alexander Turtschinow mitteilte, hätten seine Parteifreunde einige von Verbreitern dieser Desinformationsdrucksachen angehalten und identifiziert:

\* BJT. Eine Vereinigung politischer Parteien, an deren Spitze die frühere Premierministerin der Ukraine und Vorsitzende der Partei „Batkiwtschyna“, Julia Timoschenko, steht. Alexander Turtschinow leitete früher den Sicherheitsdienst der Ukraine.



Alexander Turtschinow

„Das waren Anhänger oder Aktivisten der Organisation KUN\*, die dem Wahlblock „Nascha Ukraina“\*\* angehört.

In seinem Kommentar zu den politologischen Prognosen über die Eskalationsgefahr der politischen Repressalien in der Ukraine im Zusammenhang mit dem Start der Wahlkampagne vermerkte Alexander Turtschinow:

„Sollte die Ukraine im Rahmen der Verfassung und der Gesetze handeln, brauchen wir keine politischen Repressalien zu befürchten. Ich hoffe, dass der heutigen Macht der Verstand ausreicht, im gesetzlichen Rahmen und im Rahmen der Verbindlichkeiten zu bleiben, die diese Macht übernommen hat. Ich hoffe, dass der Präsident ein Garant der Gesetzlichkeit bleiben kann - nicht nur für seinen Parteienblock, sondern für alle Bürger der Ukraine, und dass die Umgebung des Präsidenten ihn nicht zu einem Verbrechen drängen wird“.

\* Der Kongress der ukrainischen Nationalisten stellt eine rechtsgerichtete Partei dar.

\*\* Wiktor Juschtschenkos Wahlblock „Nascha Ukraina“, eine Vereinigung präsidientnaher Parteien

## 600 Mitglieder einer Oppositionspartei wurden in diesem Jahr dem Verhör unterzogen

■ In seiner Rede auf dem Parteitag der Volksdemokratischen Partei (NDP)\* gab der Chef der republikanischen Krimskaja Organisation, Sergej Kunizyn, bekannt, dass nach der Präsidentschaftswahl etwa 600 Mitglieder der NDP dem Verhör unterzogen worden seien.

Wie die Zeitung „Ukraina i mir segodnja“ schreibt, habe er insbesondere erklärt: „Ich persönlich musste 12 Verhöre durchhalten. Insgesamt wurden 17 strafrechtliche Verfahren eingeleitet, einige Parteimitglieder wurden hinter Gittern gebracht. In der Ukraine werden Verfolgungen aus politischen Motiven fortgesetzt. Sie sind unzulässig für das Land, das eine demokratische Gesellschaft aufbaut. Die Mitglieder der NDP sind über derartig freches Vorgehen gegen unsere Parteifreunde empört und verlangen die Bestrafung der schuldigen Beamten“.

Die Delegierten des Parteitags wandten sich an den Präsidenten mit dem Appell, den politischen Verfolgungen ein Ende zu setzen.

\* NDP. Eine zentristische Partei, die vom ehemaligen Premierminister der Ukraine, Walerij Pustowoitenko, geführt wird.



Pjotr Simonenko

## Die Macht sucht eine Oppositionspartei in Misskredit zu bringen

■ **Der Führer der KPU\*, Pjotr Simonenko, kündigte die baldige Veröffentlichung der Informationen an, dass sich der Sicherheitsdienst mit einem Diskreditierungsprojekt beschäftige, das im Auftrag des präsidentialen Sekretariats realisiert werde.**

Wie er erklärte, habe man ihm auf einem der Fernsehkanäle die Unterzeichnung eines Dokuments angeboten, das seine freie Meinungsäußerung in den Massenmedien einschränken würde. Simonenko brachte seine Empörung über die Situation mit der Meinungsfreiheit in den Massenmedien zum Ausdruck und stellte fest, die neue Macht würde zu raffinierten politischen Kampfmethoden greifen, um die KPU zu neutralisieren.

\* Die Kommunistische Partei der Ukraine

## Oppositionspartei erklärt, dass sich der Wahlkampf anfang durch weitere Wellen der polizeilichen Willkür und politischen Erpressung auszeichne

■ **Die Internet-Ausgabe „Kommunikatiwno-informazionnij departament“ (KID) ließ unbestätigte Berichte verbreiten, um gesetzwidrigen Aktionen gegen einen Oppositionsführer und andere Bürger vorzubeugen. Nachstehend wird der zeitlich geordnete Ablauf der Publikationen gekürzt wiedergegeben.**

7. Dezember. Aus einer Quelle, die sich nicht identifizieren wollte, wurde bekannt, dass sich in die Donezka Region eine Mitarbeitergruppe des Innenministeriums begeben hätte. Die Gruppe bestehe aus 18 Mann, darunter sechs aus Kiew und zwölf aus Lugansk, und solle von zwei gesetzwidrig festgenommenen Personen um jeden Preis Zeugenaussagen erhalten, die den Vorsitzenden des Luganskij Regionalrats und Leiter der regionalen Organisation der Partei der Regionen\*, Boris Kolesnikow, belasten würden.

Die inhaftierten Personen, die von der polizeilichen Brigade erpresst werden, stehen in keiner Verbindung zu Kolesnikow, sie haben den Vorsitzenden des Regionalrats nicht ein-

\* Eine Zentrumsparterie, die vom ehemaligen Premierminister der Ukraine, Wiktor Janukowitsch, geleitet wird und sich in der Opposition gegen die amtierende Macht befindet. Boris Kolesnikow, Mitglied der Partei der Regionen, befand sich vom 6. April bis zum 2. August 2005 in der Beugehaft und wurde gegen eine Meldepflichtung freigelassen. Die Bundesgenossen Kolesnikows schätzen seine Festnahme als eine Abrechnung mit dem Oppositionellen ein.



Boris Kolesnikow

mal getroffen. Nach der Quelleninformation handle es sich bei den Erpressten um ehemalige Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane, die in der regionalen Hauptstadt Donezk beinahe gekidnappt worden seien.

Nach den Einzelheiten zu urteilen, über die unsere Quelle berichtete, ist seine Information eher wahrheitstreu als erfunden. Sollte sie stimmen, so muss man die Menschen buchstäblich retten, die zwischen die Mühlen des Rechtsschutzsystems geraten sind.

Nach dem Start der Wahlkampagne wurde die Wahlliste der Partei der Regionen bekannt gegeben. Boris Kolesnikow steht in dieser Liste auf Platz zehn, wie es einem der Führer der Partei gebührt. Dass das strafrechtliche Verfahren gegen ihn noch nicht geschlossen wurde, scheint er eine passende Zielscheibe im kompromittierenden Schutzspiel zu sein, ob zugunsten des Innenministers Juri Luzenko oder der Personen, die hinter ihm stehen<sup>4</sup>.

8. Dezember. Heute machte unsere Quelle die Namen der festgenommenen Personen bekannt. Das sind Schilow und Schutshkin, die früher wirklich als Mitarbeiter der

Verkehrspolizei im Rechtsschutzsystem tätig waren. In der Beugehaft befinden sie sich bereits den dritten Tag. Heute sei nach der Quelleninformation noch ein dritter Festgenommener, Fatejew, hinzugekommen.

Die Quelle informiert, alle drei seien aus Donezk gebracht und könnten in der Beugehaft entweder in Kiew oder Browary<sup>5</sup> festgehalten worden. Die Quelle behauptet auch, dass die Operation unter Leitung von Sergej Kornitsch, dem Verwaltungschef für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität des Innenministeriums (UBOP MWD), stehe.

Die Quelle bittet die Verwandten der Festgenommenen, sich umgehend zu melden und das Rechtsanwaltskollegium der Donezka Region anzurufen, und versichert ihnen kostenlosen rechtanwaltschaftlichen Beistand.

10. Dezember. Das Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit der Hauptverwaltung des Innenministeriums in der Donezka Region und ein bisschen später der Chef der UBOP MWD in der Donezka Region, Sergej Prokopenko, ließen eine Mitteilung verbreiten, es wären keine „Brigaden“ Luzenkos von Kiew nach Donezk angereist, keine Personen wären gekidnappt bzw. wären von ihnen keine Zeugenaussagen gegen Boris Kolesnikow erpresst worden.

So war die Reaktion auf die Informationen unserer anonymen Quelle. Und so reagierte er selber auf die Erklärungen der Rechtschützer:

Vor allem sei er über den Kommentar Sergej Prokopenkos empört, weil sich seine Information auf konkrete Tatsachen stütze, was der Chef der regionalen UBOP faktisch bestätigt habe.

Was die Aussage Prokopenkos anbelangt, dass „die Untersuchung unter Einhaltung der prozessualen Normen und ausschließlich im rechtlichen Rahmen“ geführt werde, erklärt die Quelle über die Verletzung aller prozessualen Normen und fordert auf, sich mit ein-

<sup>4</sup> Eine Satellitenstadt Kiews

er Frage zu beschäftigen. Sollte alles im Rahmen des Gesetzes ablaufen, wieso wurden zu den Verhafteten ihre Rechtsanwälte nicht zugelassen und die Verwandten weder informiert wurden noch wissen, wo sich ihre Nächsten aufhalten?

Die Quelle selbst beantwortet diese Frage simpel: es gehe um einen alten UBOP-typischen Kniff - zuerst werden die benötigten Zeugenaussagen um jeden Preis erzwungen und erst dann die Festnahme vorschriftsmäßig erledigt.

Darüber hinaus bestätigt die Quelle nach wie vor, ausgerechnet der Chef der UBOP MWD Sergej Kornitsch habe von seinen Mitarbeitern die Durchführung dieser Operation verlangt, übrigens, um Boris Pentschuk den Status der betroffenen Seite\* zu bewahren. Weil die tatsächliche Entwicklung dazu führt, dass B. Pentschuk und seine Komplizen für die Anklagefälschung gegen Boris Kolesnikow vor dem Gericht verantworten werden. In der Rolle der Komplizen könnten sich aber S. Kornitsch und sein Stellvertreter sehen, die ausgezeichnet wissen: sobald die Sache Kolesnikows geschlossen worden ist, würde sich B. Pentschuk automatisch aus dem Betroffenen in den Angeklagten verwandeln, während S. Kornitsch, sein Stellvertreter und alle Beamten des Innenministeriums, die an der Fälschung der Sache Kolesnikows mitspielten, zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen würden.

Die Quelle bedauert, dass einfache Mitarbeiter der Rechtschutzorgane gezwungen werden, derartige „Aufträge“ zu erledigen. Sollte aber dieser Auftrag von „ganz oben“ gekommen sein, das heißt von Luzenko, müsse man im Auge behalten, dass in etwa drei Monaten Luzenko nach der Wahlliste

\* Boris Kolesnikow wird nach dem Artikel über „Erpressung zwecks Morddrohung“ beschuldigt, indem er sich angeblich der Aktien des Handelszentrums „Belyj lebedj“ bemächtigen wollte, die Pentschuk W.A. und Pentschuk B.W. besitzen.



Juri Luzenko

seiner Partei in Besitz eines Abgeordnetenmandats kommt und die Fälschung nicht mehr mitverantwortet. Was aber diejenigen tun würden, die nicht ins Parlament gekommen sind, ist eine große offene Frage. Die Quelle nimmt an, sie würden hinter Gittern gebracht, und appelliert an alle Mitarbeiter der Rechtschutzorgane, die zur weiteren Fälschung der Anklage und Erpressung der Zeugenaussagen gezwungen werden, sich zu besinnen.

#### **Rechtsanwälte beschuldigen die Kiewskij UBOP der Folter der in der Sache Kolesnikows festgenommenen Personen**

Wie am 14. Dezember die Internet-Ausgabe „Ostrow“ mitteilte, würden die in Donezk festgenommenen Mitarbeiter der GUBOP, Alexander Schutschkin, Sergej Fatejew und Ewgenij Schilow, gefoltert, um gegen den Vorsitzenden des Donezkij Regionalrats, Boris Kolesnikow, Aussagen zu liefern.

Diese Information wurde von den Rechtsanwälten der Inhaftierten, Irina Markowa und Igor

Olegow, auf ihrer Pressekonferenz bekannt gegeben.

Nach ihren Worten, erinnere die Festnahmeprozedur eher an ein Kidnapping. A. Schuschkin wurde z. B. am 6. Dezember auf dem Bahnhofplatz in Donezk überraschenderweise überfallen und in den nächsten Wald gebracht, wo er über 12 Stunden lang von sieben Polizisten zusammengeschlagen wurde, man brannte ihn mit Strom aus, ließ ihn weder einschlafen, noch trinken, noch essen. Nach den Worten seiner Anwältin, I. Markowa, sei A. Schuschkin krebs- und diabeteskrank, deshalb könnten diese mehrstündigen Folterungen ernsthaft seine Gesundheit beeinflussen. Doch alle Versuche der Anwältin, den Mandanten gesundheitlich untersuchen zu lassen, scheiterten.

Die Folterungen bezweckten, wie die Anwälte behaupten, die Zeugenaussagen, dass sie angeblich nach dem Auftrag Boris Kolesnikows einen der Miteigentümer des „Belyj lebedj“, Boris Pentschuk, überfallen hätten.

Außerdem, teilten die Juristen mit, wurden zu den Verhafteten keine Anwälte zugelassen, und die Verwandten nicht über ihre Verhaftung in Kenntnis gesetzt.

Nach Meinung der Rechtsanwälte wurden die Ermittlungshandlungen unter grober gesetzlicher Missachtung durchgeführt. Bis zum heutigen Tag, sagten sie, habe die Untersuchung die Anklage weder formuliert noch erhoben.

Die Rechtsanwälte beschwerten sich beim Innenminister, Juri Luzenko, und forderten ihn auf, die inhaftierten Schuschkin und Fatejew freizulassen (Schilow war nach einer 24-stündigen Festnahme bereits freigelassen), „eine dienstliche Untersuchung einzuleiten und die Personen zur Verantwortung zu ziehen, die das Gesetz übertreten haben: wie bei der Festnahme als auch im Verlauf der vorgrichtlichen Untersuchung“.

Nach Olegows Worten, erhalte jetzt

Schilow ständig telefonische Drohanrufe: „Schilow sagte, man rufe ihn unmissverständlich an: solltest du dich bei verschiedenen Instanzen beschweren, erginge es dir und deiner Familie, auch der schwangeren Frau, schlecht“.

Irina Markowa teilte ebenfalls mit, dass Schilows Frau, die sich in der 40. Schwangerschaftswoche befand, in die 3. städtische Klinik in Donezk mit frühzeitigen Wehen eingeliefert worden sei: „Augenblicklich wird sie auf der Intensivstation behandelt. Sie hat frühzeitig entbunden. Ihr Gesundheitszustand ist sehr kompliziert“.

**Wie die Pressestelle der Partei der Regionen mitteilt, besuchte Ombudsfrau Nina Karpatschewa heute einen der Festgenommenen im Notfalls Krankenhaus Kiews. Seine Sache stelle sie unter ihre persönliche Kontrolle. In der Erklärung der Partei der Regionen wird insbesondere mitgeteilt:**

„Der Anfang des Wahlkampfes wurde durch eine weitere Welle der polizeilichen Willkür und der politischen Erpressungen gekennzeichnet. Wir sind zutiefst durch die Berichte empört, dass die Polizei, die sich außerhalb der Politik und der Parteien verhalten müsste, als Druckwerkzeug gegen den Leiter der regionalen Donezkaja Organisation der Partei der Regionen, Boris Kolesnikow, eingesetzt wird.“

Nachdem allen die Fälschung der so genannten „Sache Kolesnikows“ klar geworden war, fingen ihre Organisatoren mit der Fälschung einer neuen Anklage an, diesmal wegen des angeblichen Überfalls auf den berüchtigten Herrn B. Pentschuk.

Indem sie raffiniert und zynisch vorgehen, versuchen die Organisatoren und Fälscher der „Sache Kolesnikows“ den Führer der Oppositionspartei in den Augen der Öffentlichkeit und der ukrainischen Wähler zu verleumdern.

Wir appellieren an den Präsidenten der Ukraine, Wiktor Juschtschenko, und den Generalstaatsanwalt, Alexander Medwedjko, und verlangen eine Einschätzung der Tätigkeit des Innenministeriums und Herrn Luzenkos. Wir fordern den Garanten der Verfassung auf, sich umgehend einzumischen und der polizeilichen Willkür ein Ende zu setzen“.

Diesem Appell legte die Partei der Regionen die Beschwerde A. E. Schilows bei, aus der nachstehend einige Auszüge wiedergegeben werden:

„...Ich wurde von den Mitarbeitern des Innenministeriums der Ukraine aus meinem Auto buchstäblich gekidnappt. Man zog mir eine dunkle Kapuze über den Kopf und brachte in das Gebäude der UBOP MWD der Ukraine in der Donezkaja Region. In diesem Gebäude wurde ich über einen Tag lang festgehalten.

In der ganzen Zeit wurde ich zahlreichen Folterungen, Misshandlungen und Schlägen unterzogen. Man zog mir eine Gasmasken über das Gesicht, während man den Luftzugang sperrte, man ließ Atemgift ein, schlug mich zusammen und ließ Strom durch den Körper. Die Misshandlungen wurden dabei von Beleidigungen und zynischen Hohnworten begleitet, die meine Menschenwürde erniedrigten.

Die ganze Zeit musste ich mit zugebundenen Augen verbringen. Dabei ließen mich die Polizeimitarbeiter (sie waren nicht weniger als fünf) nicht einschlafen und entzogen mir ein Essen.

Von mir wollte man erreichen, dass ich mich selbst verleumde und die für die Mitarbeiter des Innenministeriums „erwünschten“ Aussagen über die Beteiligung meines Bekannten Schutschkin Alexander Wsewolodowitsch an dem angeblichen Verbrechen gegen Pentschk noch 1999 tätige.

Alle meine Beteuerungen, dass ich keine Ahnung von den erwähnten Umständen habe, wurden abgewiesen, und die Folterungen setzte man mit doppeltem Eifer fort.

Die Mitarbeiter der UBOP und des Minis-

teriums erwarteten wohl, dass ich die Schmerzen und Missachtungen nicht aushalten und die benötigten Aussagen treffen würde.

Ich weiß nicht, wie lange dieser Horror gedauert wäre, wenn sich die Rechtsanwälte und Verwandten, meinerseits und A.W. Schutschkins, nicht eingemischt hätten.

...Der festgenommene A.W. Schutschkin ist Behinderter zweiter Gruppe, leidet an einer unheilbaren Krankheit (Krebs), ist ein insulinabhängiger Diabetiker und muss sich alle drei Stunden das Insulin injizieren, was ihm aber lange Zeit untersagt wurde. Man ließ zu uns ebenfalls keinen ärztlichen Bereitschaftsdienst zu.

Unter Drohungen, psychischem und physischem Druck wurde ich genötigt, ein Papier zu unterschreiben, dass ich angeblich keine Beanstandungen an die Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane hätte. Dabei drohte man mir, dass ich sonst überhaupt nicht freigelassen würde. Da ich um Leben und Gesundheit, sowie das Wohl meiner Familie befürchtete, sah ich mich gezwungen, das Papier zu unterschreiben“.

## Richter erklären, dass sich der Gouverneur in die Rechtsprechung einmischt und Berufsrichter diskreditiert

■ Der Richterrat der Appellations- und örtlichen Gerichtshöfe der Rowenskaja Region verabschiedete bereits den zweiten Appell an den Präsidenten der Ukraine. Wenn sie sich im dem ersten Appell, der an Wiktor Juschtschenko und die Leiter der staatlichen Machtgremien adressiert wurde, darüber beschwerten, dass die

**Verbrechen gegen die Richter  
unaufgedeckt bleiben und um Kontrolle  
der Untersuchungen baten, so beinhaltet  
der zweite eine Beschwerde über den  
Chef der staatlichen Rowenskaja  
Regionaladministration, Wassilij  
Tscherwonij.**

Wie die Zeitung „Rowno wetscherneje“ berichtet, wird im Appell u. a. festgestellt:

„Indem er die Festlegung des Artikels 6 der Verfassung der Ukraine über die Unabhängigkeit der staatlichen Gewaltzweige auf das Größte missachtet, mischt sich Herr Tscherwonij ständig in die Tätigkeit der Rechtssprechenden Gewalt ein, um sich durch die Ernennung der ihm treu ergebenen Personen auf richterliche Schlüsselpositionen, ohne Rücksichtnahme auf ihre professionellen und fachlichen Eigenschaften, die regionale Justiz unterzuordnen.“

Tscherwonij müsste eigentlich wissen, dass in den vergangenen mindestens drei Jahrzehnten kein einziger Richter der Region zur administrativen Verantwortung für Korruptionsverfahren bzw. zur strafrechtlichen Verantwortung für Bestechlichkeit gezogen wurde. Die Richter fühlen sich durch die Beschuldigung Tscherwonij's beleidigt, dass „die Richter der Rowenskaja Region den Status der privatisierten“ hätten und dass „die Situation in den regionalen Gerichtshöfen chirurgischen Eingriffes“ bedürfe. Die Richter sind überzeugt, dass derartige Äußerungen des regionalen Chefs nichts anderes seien als „Angriff auf die Rechtssprechende Gewalt, um ihrem Ansehen zu schädigen“.

„Der Chef der staatlichen Regionaladministration will die regionale Richterschaft in Misskredit bringen, indem er die Aufmerksamkeit davon ablenken möchte, dass sich unter den neu ernannten Abteilungsleitern der Administration und ihren Stellvertretern Personen befinden, die für dienstliche Verbrechen nicht nur zuvor strafrechtlich verfol-



Wassilij Bertasch

gt wurden, sondern auch heute Korruptionssprotokolle gegen einige von ihnen bestehen“, schreiben die Richter der Rowenskaja Region an den Präsidenten der Ukraine.

Die regionalen Richter sind über das Verhalten des Chefs der staatlichen Regionaladministration entrüstet, der sich auf das Größte in die Tätigkeit des Rechtssprechenden Gewaltzweiges einmischt, wofür durch den Artikel 376 des StGB eine strafrechtliche Verantwortung vorgesehen wird. Sie meinen, Tscherwonij unternehme es „vorsätzlich, um die regionalen Richter zu erniedrigen“, und bitten den Präsidenten, „Tscherwonij das Wesen der Verfassung und der unabhängigen richterlichen Gewalt zu erläutern“. Sie behalten sich das Recht vor, den Chef der staatlichen Regionaladministration in internationalen gerichtlichen Instanzen anzuklagen.

Der Vorsitzende der regionalen Rowenskaja Organisation der Partei der Regionen W. Bertasch stellte im Interview der Internet-Ausgabe „Ukrpartinform.com“ dazu fest, dass „seit Ernennung Wassilij Tscherwonij's zum

Chef der staatlichen Rowenskaja Regionaladministration nur erbärmliche Revolutionäre an die Leitung der Exekutivorgane aller Ebenen kamen, während richtige Fachleute entlassen wurden. Gut ein Tausend von ihnen sind jetzt Druck ausgesetzt und durch die Zeitung „Wolynj“ gebrandmarkt, die in jeder Ausgabe eine Liste neuer „Volksfeinde“ veröffentlicht.

## Innenminister bedrohte protestierende Studenten mit Exmatrikulierung

■ **Doktor der Philosophischen Wissenschaften und Dozent des Lehrstuhls für Philosophie und Recht der Luganskij Universität des Inneren (LUWD), Oberstleutnant der Polizei Alexander Eremenko setzte sich für den Universitätsrektor ein, der aus politischen Motiven entlassen worden war. In seinem Beitrag für die Internet-Ausgabe „Rakurs+“ schreibt er u. a. wie folgt:**

„Die Entlassung des Rektors der LUWD Eduard Aleksejewitsch Didorenko und die Vorstellung des neuen Rektors vom Innenminister J. W. Luzenko hinterließ, gelinde gesagt, einen mehrdeutigen Eindruck. Ich konnte mich ein weiteres Mal überzeugen, dass die Politik der doppelten Standards nicht nur besteht, sie triumphiert.

Juri Witaljewitsch bestand darauf, dass die Entlassung von Eduard Aleksejewitsch keinen politischen Hintergrund hätte. Doch da kommen gewisse Zweifel auf. Wie sonst könnte man sich die Tatsache erklären, dass die LUWD alle gerichtlichen Prozesse gegen die regionale Verwaltung für innere Sicherheit des Innenministeriums gewonnen hat und dass in den Handlungen der Universitätsführung kein Corpus delicti festgestellt worden ist?



Eduard Didorenko

Wie sonst wäre die kategorische Forderung einzuschätzen, die Studenten in die Hörsäle\* zu befördern, damit der Lehrbetrieb nicht gestört würde? Wieso hat Juri Witaljewitsch mit gleichem Eifer die Studenten vom Maidan in die Hörsäle der Hochschulen in Kiew\*\* nicht geschickt, die genau so staatlich wie die LUWD sind? Sollte man behaupten, die Studenten wären zum Maidan auf ihren Herzensruf gezogen, so würde ich diesen Akzent als beleidigend für unsere Studenten aufnehmen. Weil das im Klartext heißt, dass sich die bewussten

\* Der Innenminister der Ukraine, Juri Luzenko, besuchte die Luganskij Universität des Inneren (LUWD), um den neuen Rektor vorzustellen. In der Stadt stieß er aber auf studentische Streikposten, die gegen die ungesetzliche Entlassung und Verfolgung des ehemaligen Rektors Didorenko protestierten. Generaloberst, Professor und korrespondierendes Mitglied der Akademie der Rechtswissenschaften der Ukraine, der ein halbes Jahrhundert dem Polizeidienst und fast 30 Jahre der Wissenschaft gewidmet hat. Nach Mitteilung der Zeitung „Molodogwardejcz“ habe Luzenko im Saal, wo sich die Studenten versammelten, erklärt: „Wer ist hier Prorektor für den Lehrbetrieb? Stehen Sie auf und lassen Sie die Studenten in die Hörsäle befördern! Es lohnt sich nicht, den Unterrichtsverlauf zu stören“.

\*\* Während der Präsidentschaftswahl 2004 wurde auf dem zentralen Platz Kiews, dem Maidan der Unabhängigkeit, ein Zeltlager aufgeschlagen, in dem sich hunderte Studenten aus verschiedenen Hochschulen des Landes aufhielten. Die Studenten waren auch auf anderen massenhaften politischen Aktionen zur Unterstützung Wiktor Juschtschenkos aktiv.

Jugendlichen in der Hauptstadt von erhabenen seelischen Anfällen leiten ließen, während sich die Plebejer in Lugansk nur auftrags- und befehlsmäßig um erbärmliche Proteste bemühten!

Einige Studenten teilten mir mit, dass der Minister ihre Streikposten aufforderte sich freiwillig aufzulösen, sonst würden sie exmatrikuliert. Ich will die Namen der Studenten nicht benennen, es reicht, dass ich meinen eigenen mitteile.

Ich halte es für meine Pflicht zu erklären: sollte nur ein einziger der protestierenden Studenten exmatrikuliert werden, wären alle Gespräche über die Bewegung nach Europa, Oberhoheit des Rechts und den Rechtsstaat als Galgenhumor unserer „geliebten revolutionären Macht“ aufzufassen. Im Gegenteil würde es eine weitere Bestätigung des siegreichen Marsches der Ukraine zur größeren Rechtlosigkeit und Willkür der Macht liefern“.

**Wie die Zeitung „2000“ berichtet, hätte die Macht versucht, einen unerwünschten Redakteur zu entlassen. Gegen ihn wurden gleich mehrere strafrechtliche Verfahren eingeleitet, die heute als ein Kartenhaus auseinander fallen. Der Beitrag wird gekürzt wiedergegeben:**

„Am 2. August mittags sind die Mitarbeiter der Verwaltung für innere Sicherheit der regionalen Hauptverwaltung des Innenministeriums in der Luganskaja Region und der Sondereinheit „Sokol“ mit Michail Pritula an der Spitze über die Luganskij Universität des Inneren und die wohltätige Stiftung zur Bildung und Weiterbildung der Mitarbeiter der regionalen Rechtschutzorgane der Luganskaja Region hergefallen.

Die Unterlagen der Akademie und der Stiftung wurden fast zwei Tage lang beschlagnahmt und mit zwei Fahrzeugen wegtransportiert. Am nächsten Tag berichtete

der UT 1\*, dass die Akademiestudenten für ihre Ausbildung vier Jahre lang „unter Umgehung der Kasse“ gezahlt hätten.

Diese Anschuldigungen fielen in Gerichtsverhandlungen auseinander. Als erste scheiterte die „Sache“ über administrative Verantwortung des Leiters der finanzwirtschaftlichen Abteilung der Hochschule, der die angestrebte strafrechtliche Verfolgung der Beamten der LUWD und Mitarbeiter der wohltätigen Stiftung wegen angeblichen Dienstbetrugs folgte. Als dritte betraf das gleiche Schicksal die Anklagen gegen den Vorstandsvorsitzenden der wohltätigen Stiftung wegen angeblicher Bemächtigung fremden Eigentums durch Vertrauensmissbrauch, und als vierte fiel die Anklage gegen die Beamten der Universität und Mitarbeiter der Stiftung, die wesentlich falscher Informationen zwecks Krediterhalts beschuldigt wurden, auseinander.

Auf diese Weise ließ sich keine einzige Straftat beweisen. Wo bleibt denn der bereits angekündigte Diebstahl von 10 Mio. Griwna? Mehr noch: die Gerichtshöfe befassen sich augenblicklich mit fünf Anklagen gegen die ungesetzlichen Handlungen M. Pritulas und seiner Helfershelfer!

Die Führung der Hochschule bemüht sich jetzt vor allem, ihren sauberen Namen wiederherzustellen.

Wie es sich in den Gerichtsverhandlungen herausstellte, hat Juri Luzenko den Raubüberfall der Sondereinheit „Sokol“ mit Beschlagnahmung der Dokumente „nur“ als „eine vorbeugende Überprüfung“ der Luganskij Universität des Inneren konzipiert.

Eine solche Aufmerksamkeit der Rechtschutzorgane für den Rektor der LUWD lässt sich wohl dadurch erklären, dass Generaloberst der Polizei und Abgeordneter des Regionalrats E. A. Didorenko sich geweigert hat, den „Abgeordnetenstab zur Niederwahl“ des Vor-

\* Der zentrale Kanal des ukrainischen Fernsehens, der die Politik der staatlichen Macht wiedergibt.

sitzenden des Regionalrats, W. N. Tichonow\*, zu leiten, ihn zum Absolventenball eingeladen hat, und später er persönlich und die Juristen der Universität ihm mitgeholfen haben, die Begriffe Föderalismus und Separatismus abzugrenzen.

## Schuldirektoren berichten über Nötigung zur Entlassung.

### Chef der Kreisadministration bedrohte die Journalistin, die Umstände vor Ort klären wollte

**■ In letzter Zeit wurden von 32 Schuldirektoren im Rachowskij Kreis, Sakarpatskaja Region, 28 entlassen. Die Zeitung „Sozialdemokrat“ veröffentlichte dazu einen Beitrag, der nachstehend in Kurzform wiedergegeben wird.**

„Die Lehrer haben bis jetzt Angst sogar vor dem Schatten der „demokratischen Macht“. Sie bitten ihre Namen nicht zu benennen, weil sie um ihre Kinder, Verwandten und Nächsten besorgt sind, die auch bedroht werden. Wir geben die Erzählung eines Lehrers wieder, der anonym bleiben wollte.

„Durch die Anordnung der Abteilung für Bildung der staatlichen Rachowskaja Kreisadministration vom 25. August 2005 wurde ich

vom Direktorposten der Schule angeblich „aus eigener Initiative“ entlassen.

Doch zum Abteilungsleiter Igor Moros wurde ich erst am 30. August vorgeladen. Herr Moros forderte mich auf, ein Gesuch über die Absetzung vom Direktorposten zu schreiben, weil ich angeblich die mir übertragenen Funktionen nicht mehr erfüllen könnte. Unter seinem Druck schrieb ich das Gesuch.

Als Schuldirektor arbeite ich seit 1991, in all diesen Jahren bemühte ich mich um die Verbesserung des inneren und äußeren Zustands der Schule. Moralisch unterstützte ich das Lehrerkollektiv immer, entsprach jeder Bitte und jedem Wunsch der Lehrer und Eltern, erreichte immer bessere Bedingungen für das Lernen der Kinder und die Arbeit der Pädagogen. Über mich wurde niemals beschwert, mit Schulkindern, ihren Eltern und den Lehrern unterhielt ich warme freundschaftliche Beziehungen. Gerade deshalb halte ich die Handlungen der Amtspersonen der Bildungsabteilung der staatlichen Rachowskaja Kreisadministration für ungerecht und gesetzwidrig“.

In die Redaktion sind mehrere ähnliche Briefe eingegangen. Sie alle zeugen von einer brennenden Beleidigung: man habe gezwungen, das Kündigungsgesuch zu schreiben, ohne den Grund erklärt zu haben.

Der Chefredakteurin der Ushgoroder\* Zeitung „Wesi nedeli-zentr“, Marina Galampa, die sich an den Kreisadministrationschef im Auftrag des journalistischen Recherchezentrums sowie der betroffenen Pädagogen gewandt hatte, empfahl Herr Moros, „ihre Nase in seine pädagogischen Führungsmethoden nicht zu stecken“, und drohte an, er ließe den Kreisstaatsanwalt die „Verteidigerin der Bildungskonterrevolutionäre“ aus Rachowsk prüfen.

Wir wissen nicht, ob Herr Moros dem Staatsanwalt „Aufträge“ gegeben hätte, aber jemanden der Kreisbeamten hetzte er doch. Als die

\* Der Vorsitzende des Luganskij Regionalrats, Wiktor Tichonow, wurde einer der ersten Angeklagten wegen des Angriffs auf die territoriale Integrität und Untastbarkeit der Ukraine. Das strafrechtliche Verfahren wurde gleich nach dem Machtantritt Wiktor Juschtschenkos eingeleitet und von Tichonows Bundesgenossen als eine politische Abrechnung eingestuft.

\* Ushgorod ist eine regionale Hauptstadt.

junge Frau am gleichen Abend nach Ushgorod mit einem Linientaxi zurückkehrte, versuchte man sie am Grenzposten nahe des Dorfs Delowoje als eine „verdächtige Person“ aus dem Auto aussteigen zu lassen. Nur dank dem Schutz des Fahrers und der Passagiere konnte sie weiter fahren.

Uns ist nicht bekannt, welche Rolle der „Kämpfer für Freiheit und Demokratie“, Herr Moros, in dieser gruseligen Geschichte gespielt hat, doch niemand außer ihm hat unsere Mitarbeiterin in Rachowsk bedroht. Deshalb sind wir gezwungen, die entsprechenden Instanzen mit der Bitte um Schutz unserer Journalistin anzurufen, die ihrer legitimen, beruflichen und gesellschaftlichen Pflicht nachgekommen ist.

Zur „Ordnung“ im Bildungsbereich im Rachowskij Kreis tragen auch die örtlichen Mitarbeiter der Verwaltung für Bekämpfung besonders schwerwiegender Verbrechen der regionalen Hauptverwaltung des Innenministeriums bei. Mit dem Leiter der Kreisabteilung an der Spitze suchten sie die Wohnhäuser der Schuldirektoren und ihrer Verwandten auf und nahmen den eingeschüchterten Menschen die Ausweise und Arbeitsbücher weg.

Die Menschen sind bereits in Angst erstarrt. Man droht ihnen mit strafrechtlichen Anklagen und Gefängnis. Sogar während der Gerichtsverhandlung schüchterte Herr Moros, ohne auf die Richter und Vertreter der Zeitungsredaktion zu achten, die Pädagogen mit „Staatsanwaltschaft“, „Polizei“ und „Kriminalsachen“ nur dafür ein, weil die erniedrigten Menschen es wagten, das Gericht anzurufen.

Die Angst der Menschen ist begründet, weil in Mukatschewo nicht in Worten, sondern tatsächlich Lehrer eingesperrt wurden. Einer von ihnen unternahm sogar den Selbstmordversuch.

Die Welle der ungesetzlichen Entlassungen erreichte schon die sozialen Mitarbeiter des territorialen Zentrums für Beschäfti-

gung und sozialen Schutz der Bevölkerung. Die Frauen, die den hilflosen Invaliden und kranken Veteranen für eine armselige Vergütung selbstlos halfen, wurde ohne Gründe und unnötige Erklärungen auf die Straße gesetzt“.

## **Vertreter der Machtpartei schlugen das oppositionelle Parteimitglied zusammen, weil er sich für Jugendliche einsetzte, die die Stadt mit oppositioneller Symbolik schmückten**

■ Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, befinde sich **Arsen Klintschajew, Mitglied der Partei der Regionen, Journalist und Vorsitzender der städtischen Unternahmewerkschaft, in der Chirurgieabteilung des städtischen Krankenhauses Lugansk. Er leidet an Gehirnerschütterung, Nierenschmerzen und gebrochenen Rippen.**



Arsen Klintschajew



Der Vorfall ereignete sich vor dem Gebäude des Regionalrats, als Jugendliche die Bäume mit blauen Bändern schmückten.

Auf sie kam ein gewisser Andrej Nedowesow zu, der die regionale Organisation der „Volksunion „Nascha Ukraina“ leitet. Nedowesow wurde von acht Burschen sportlichen Aussehens begleitet, die mit zwei ausländischen Autos ankamen. Er näherte sich den Jugendlichen, machte ein paar Aufnahmen und fragte sie, was sie und woher seien, wer für diese Arbeit zahle. Als es sich herausstellte, dass die Jungen die Bänder nicht fürs Geld, sondern aus ideologischer Überzeugung hängen, verlangte er, sie zu entfernen. Als sie es ablehnten, fing alles an...

Als man mich fesselte, berichtet Klintschajew, schrie Andrej Nedowesow laut: „Ihr Abschaum, ihr beschissenen Kerle! Ich lasse dich diese Bänder mit den Zähnen wegnehmen“. Ich versuchte, ihn wegzustoßen, aber sein Bodyguard richtete eine Pistole gegen meinen Kopf: „Wir bringen euch bei, wie man die Ukraine lieben soll!“.

Arsen behauptet, dass die Pistole, die gegen ihn gerichtet wurde, eine Kampfpistole war. Als Reserveoffizier, der mit der Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurde, kann er doch eine Kampfmaschine von einer Gaspistole unterscheiden oder von einer, die Gummikugeln verschießt.

Als er begriff, dass die Mannschaft Nedowesows mit einem bestimmtem Ziel angereist war, und in Befürchtung um die Jugendlichen, schrie er ihnen zu: „Fahrt weg von hier! Ich schaffe es alleine“.

Doch man ließ es nicht zu, dass die Jungen wegkamen. Als sich der alte „Moskvich“ von der Parkstelle bewegte, sprang der Vorsitzende der regionalen Organisation „Nascha Ukraina“ Nedowesow auf die Motorhaube auf und fing an darauf zu hüpfen. Auf der Haube sind seine Schuhspuren geblieben. Dabei stieß er an die Adresse des Fahrers kräftige Ausdrücke.

Um den Fluchtversuch auszuschließen, versperrten die Handlanger Nedowesows für den „Moskvich“ den Weg mit zwei ausländischen Autos.



Alexander Efremow

Natürlich wollte der Fahrer nicht in ein teures Jeep rammen und musste dafür zahlen, weil man ihn aus dem Auto herauszog und zusammenschlug. Dann sprangen die Täter in ihre Autos ein und verließen schnell den Ort.

Im Polizeiamt verweigerte man fast drei Stunden lang, eine Eingabe anzunehmen. Die Sache rückte von der Stelle erst, als Klitschajew mitteilte, dass er als Journalist in der Fernsehgesellschaft LOT AG arbeite.

Später wurde der betroffene Fahrer des „Moskvich“ in die Polizei nochmals vorgeladen, wo man auf ihn einige Stunden lang einredete, die Eingabe umzuschreiben. Augenblicklich befindet er sich ebenfalls im Krankenhaus.

„Ich bin über die Haltung unserer Polizei äußerst verwundert“, erklärte der Leiter der regionalen Organisation der Partei der Regionen, Alexander Efremow, auf der Pressekonferenz. „In diesem Vorfall haben die Menschen gelitten. Es geht als gerade um den Fall, wenn die Rechtsschutzorgane die Wahrheit festzustellen haben. Aber den beiden wirklich schwer Betroffenen wurde im Leninskij Polizeibezirksamt gesagt, ihre Anklage hätte „keine Perspektiven“.

## WILLKÜR DER RECHTSCHUTZ- UND RICHTSORGANE

**2005 nahm die Zahl der Beschlüsse des Europäischen Gerichtshofs gegen die Ukraine bedeutend zu**

■ Seit Anfang 2005 traf der Europäische Gerichtshof 66 Entscheidungen gegen die Ukraine, von denen 23 bereits rechtswirksam wurden. Zum Vergleich: 2001 und 2002 wurde je ein Beschluss gegen die Ukraine gefasst, 2003 – sieben, 2004 – dreizehn.

Wie die Nachrichtenagentur „Ukrainskije nowosti“ mitteilt, wurden 17 Ukrainer Schadenersatzzahlungen für die Verzögerung der Gerichtsverhandlungen über ihre Klagen zuerkannt. Die Gesamtsumme dieser Auszahlungen macht 29.900 Euro aus. Unter den Klägern befinden sich 5 Einwohner aus Donezk und der Donezkaja Region, 6 Einwohner aus Tschernigow, sowie Einwohner aus der Luganskaja Region, Chmelnyzkij und Kiew und eine Familie aus Ewpatorija. 2005 gab der Europäische Gerichtshof z.B. der Klage Wiktor Gorskchows aus Simferopol statt, der sich über die Verletzung seiner Menschenrechte beschwerte, weil er aus der psychiatrischen Anstalt mit einer zweijährigen Verspätung entlassen wurde, als sein Gesundheitszustand zuließ. Der Gerichtshof verpflichtete die Ukraine zur Zahlung von 2.200 Euro auch an den Einwohner von Dnepropetrowsk Alexander Stryshak, sowie 1.700 Euro an den Einwohner der Donezkaja Region Alexander Ketscho, die sich über gesetzwidrige Handlungen der ukrainischen Gerichte beschwerten.

**Rechtschützer beschuldigte das präsidentiale Sekretariat und die Generalstaatsanwaltschaft der Begünstigung der Rechtsbrecher aus dem Staatsdepartement für Strafvollzug**

■ Das ukrainische Menschenrechtsschutzportal ließ die Eingabe des Vertreters der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte - Ukrainische Sektion, Gennadij Sherdew, an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, den Präsidenten der Ukraine und den Chef der Besserungs- und Arbeitsanstalt SWK-92, die sich im Umanskij Kreis der Tscherkasskaja Region befindet, verbreiten. In der Eingabe werden das präsidentiale Sekretariat und die Generalstaatsanwaltschaft der Begünstigung der Rechtsbrecher aus dem Staatsdepartement für Strafvollzug beschuldigt, indem u. a. festgestellt wird:

„Der Kläger Sergej Dawidow, der sich augenblicklich in der SWK-92 befindet, teilte mir über seine bevorstehende Verlegung in eine andere Besserungs- und Arbeitsanstalt mit. In diesem Zusammenhang meint er, die Führung des Staatsdepartements für Strafvollzug und die Administration der SWK-92 bereiteten damit tatsächlich eine Provokation. Dawidow sei entweder zu diskreditieren, damit man seine erneute strafrechtliche Verfolgung anfangen und ihn auf diese Weise isolieren kann, oder mit Hilfe anderer Häftlinge umzubringen. (Eine ähnliche Provokation wurde gegen Dawidow bereits am 0.06.2005 Veranstatlet, scheiterte

aber dank dem Widerstand einiger Personen, darunter meiner öffentlichen Aktionen).

Das Staatsdepartement blockiert bereits seit zwei Jahren meine Korrespondenz mit dem Kläger Witalij Iltschenko. Er befindet sich in der Besserungs- und Arbeitsanstalt EIK-52 der Donezkaja Region, deshalb kann ich von ihm keine Vollmacht bekommen, die von mir das Gericht verlangt.

Auf die Kläger wird ständig physischer, moralischer und psychischer Druck ausgeübt. Man schüchert sie laufend ein, schlägt und wirft ihnen allerlei Vorschriftverletzungen vor, um sie permanent bestrafen zu können. Man schafft unerträgliche Bedingungen für sie. Viele Kläger konnten derartige Misshandlungen nicht aushalten und verzichteten schriftlich auf ihre früheren zahlreichen Beschwerden.

Übrigens werden nicht nur die Kläger eingeschüchert, sondern auch alle, die mit mir korrespondieren, und sogar ich selber. Diese Drohveruche seitens der Departementmitarbeiter sind in schriftlichen Erklärungen Iltschenkos dargelegt, deren Abzüge ich im vergangenen Monat dem Gericht einreichte.

Indem ich den Europäischen Gerichtshof zum Zeugen nehme, erkläre ich der Staatsanwaltschaft und dem Sekretariat des Präsidenten: sollte mit der Klägern etwas vorkommen, würden auch Sie die Schuld mittragen. Ausgerechnet Sie schirmen die Verbrecher aus dem Staatsdepartement ab. Ausgerechnet Sie verletzen das Gesetz und leiten die Beschwerden über das Departement an das Departement selbst weiter. Die Klage über das Verbrechen behandelt der Verbrecher selbst! Der Präsident der Ukraine Wiktor Juschtschenko ist persönlich daran schuld, dass es in der Ukraine ein solches Sekretariat und eine solche Generalstaatsanwaltschaft gibt“.

## Richter beschuldigten den Justizminister und andere erste Personen des Staates der Diskreditierung des Gerichtswesens

■ **Wie die Nachrichtenagentur UNIAN mitteilt, erklärte der Justizminister der Ukraine, Sergej Golowatij, auf einer Pressekonferenz u. a. wie folgt:**

„Die ukrainischen Gerichte bleiben im System der Rechtssoheit untätig, obwohl sie ihren Bestandteil bilden. In der gerichtlichen Praxis treten immer deutlicher Erscheinungen auf, die sich mit der Rechtssoheit nicht vereinbaren lassen. In der Ukraine existiert kein Mechanismus zur Sicherstellung der Gerechtigkeit der Rechtsprechung, wie auch freier Zugang des Menschen zu garantierter Gerechtigkeit in der Gerichtsverhandlung“.

Wie der Justizminister präziserte, handle es sich um Fälle der richterlichen Willkür, Verzögerung der Verhandlungen, der gesetzwidrigen Beschlüsse und der richterlichen Verantwortungslosigkeit.

**Seinerseits ließ der Richterrat Kiews einen Offenen Brief an den Präsidenten, Vorsitzenden der Werchownaja Rada, Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs und das Haupt des Richterrats veröffentlichen, in dem insbesondere mitgeteilt wurde:**

„Vor kurzem traten die ersten Personen unseres Staats, Volksabgeordnete, Vertreter der Exekutive und zahlreiche politische Persönlichkeiten in den Massenmedien mit ihrer Einschätzung des Beschlusses des Schewtschenkowskij Bezirksgerichtshofs Kiews vom 18. November 2005 in der Klage

S. M. Piskuns gegen den Präsidenten der Ukraine auf.\*

In diesen Erklärungen lassen sich Elemente der Einmischung in die Rechtsprechung und des Drucks auf das Gericht feststellen. Sie zeugen von einer groben Verletzung der Artikel 8, 126 und 129 der Verfassung der Ukraine, der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie der Grundsätze der Unabhängigkeit der Gerichtsorgane, die von der Uno-Vollversammlung verabschiedet wurden.

Alle staatlichen und sonstigen Instanzen sind demnach verpflichtet, die Unabhängigkeit der Gerichtsorgane zu achten, und sich an dieses verfassungsmäßige Prinzip zu halten. Illegitime oder unsanktionierte Einmischungen in die Rechtsprechung sind unzulässig.

Die Ereignisse in der Ukraine bestätigen aber, dass die Vertreter der Macht zielgerichtet die Rechtsprechungsorgane diskreditieren und offenkundig die Rechtspredchende Gewalt misachten. Die Mitarbeiter des Gerichtssystems müssen das Vertrauen der Gesellschaft genießen, deshalb gilt es, sie gegen destruktive Angriffe zu schützen“.

## **Journalisten vermuten, dass Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft die Verhandlung in ihrer Klage wegen gesetzwidriger Störung der beruflichen Tätigkeit vorsätzlich verzögern**

■ **Die Journalisten der Chersoner Zeitung „Wgoru“, denen in Anwesenheit der Mitarbeiter der Rechtsschutzor-**

\* Durch den präsidentialen Erlass vom 14. Oktober wurde Stanislaw Piskun des Amtes des Generalsstaatsanwalts der Ukraine enthoben. Am 18. November befand der Schewtschenkowskij Bezirksgerichtshof die Entlassung Piskuns vom Präsidenten für gesetzwidrig.

**gane ein Diktiergerät und eine Kamera weggenommen wurden, erklären, dass die viermonatige Untersuchung ihrer Eingabe zu keinerlei Ergebnissen geführt hat. In der Zeitung „Wgoru“ stellen sie dazu u. a. fest:**

„Am 12. Juli d. J. wurde gegen die Journalisten der Zeitung „Wgoru“, Natalia Kosarenko und Maxim Solowjew, ein Verbrechen begangen: man störte sie nicht nur in ihrer Berufsausübung, sondern entwendete gewaltsam ein Diktiergerät und eine Kamera.

Die technischen Mittel wurden später zurückgegeben, aber ohne Tonband im Diktiergerät und Flashkarte in der Kamera. Beim Vorfall waren Polizisten anwesend, doch als wir zu Hilfe riefen, bewegten sie sich nicht vom Fleck und versuchten nicht einmal, die Namen der Angreifenden festzuhalten.

Am gleichen Tag reichten wir über dieses Verbrechen eine Eingabe bei der Polizei ein. 10 Tage später erhielten wir dann eine schriftliche Rückmeldung, dass in der Einleitung eines strafrechtlichen Verfahrens abgesetzt wurde.

Diese Entscheidung setzte die regionale Staatsanwaltschaft als illegitim außer Kraft und übergab die Klage zur weiteren Untersuchung an die Suworowskaja Staatsanwaltschaft zurück.

Nach allem zu urteilen, hatte der Oberuntersuchungsrichter O. Shakomin, der die ungesetzliche Entscheidung traf, wirklich viele Fehler zugelassen: es vergingen bereits 4 Monate, doch der neu eingesetzte Ermittlungsrichter Dmitrij Scheschenko konnte sich bis jetzt nicht zurechtfinden und die Untersuchung abschließen. Übrigens bemühte er sich selber nicht einmal, die Zeugen abzufragen und alle notwendigen Untersuchungshandlungen durchzuführen. Ob es ein Zusammentreffen der Umstände wäre, oder ist die Staatsanwaltschaft in der baldigen Aufdeckung des Tatbestands nicht interessiert?“, stellt die Zeitung „Wgoru“ eine rhetorische Frage.

## Lehrerhaus wurde unter Missachtung rechtlicher und moralischer Normen durchsucht

■ Die Zeitung „Krimskoje wremja“ veröffentlichte einen Brief der Mathematiklehrerin Ludmila Rewa, einer Fachfrau mit dreißigjähriger Berufserfahrung, die in der Schule Nr.16 in Ewpatorija unterrichtet, mit ihrer Beschwerde über die Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane, die ihr Haus unter himmelschreienden Gesetzwidrigkeiten durchsucht hatten. Der Brief wird gekürzt mit dem Kommentar des auf der Krim bekannten Publizisten und Buchautors, Mark Agatow, wiedergegeben:

„In mein Haus stürmten, als ich abwesend war, uniformierte Personen in schwarzen Gesichtsmasken und schussbereiten Maschinenpistolen herein. Das waren „Kämpfer“ der polizeilichen Sondereinheit, die gerade eine Operation zur Festnahme der Drogenhändler und ihrer „Ware“ durchführten.“

Diese maskierten Leute zogen meinen halb angezogenen Vater Morkus Nikita Ignatowitsch, Jahrgang 1928, aus dem Bett und trieben ihn, ohne etwas erklärt zu haben, unter Androhung der Waffen in den Hof.

Auf die gleiche Gartenbank mit meinen Eltern stießen sie auch meinen Schwiegervater Popow Dmitrij Walerjewitsch, Absolventen der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität, den sie in Unterwäsche und Socken aus der Wohnung trieben. Eine halbe Stunde lang sollte er in Handschellen und unbekleidet in der Kälte verbringen.

Als ich nach der Haussuchung vermerkte, die Mitarbeiter des Innenministeriums hätten ein Dokument oder seine Kopie zu ihrer Bestätigung zurückzulassen, antwortete mir ein

gewisser B., er sei uns „nichts schuldig“, und wir „müssten uns schon deshalb freuen, dass man nichts fand, was man gesucht hatte“.

Gesucht wurde aber nach Drogen. Besonders möchte ich auf die Tatsache hinweisen, dass gegen meine Mutter der gesetzwidrige Prozess der Untersuchung der persönlichen Sachen angewandt wurde. Eine Polizistin brachte sie in die kalte Scheune, ließ sie sich splinternackt ausziehen und prüfte jedes ihrer Kleidungsstücke.

Zu diesem Zeitpunkt, es war bereits gegen 16.00 Uhr, kehrte meine Tochter von der Arbeit heim. Nachdem sie gesehen hatte, dass es der Großmutter wegen des akut gestiegenen Blutdrucks immer schlimmer wurde – die hypertensive Krise wurde durch Schock und Erniedrigung hervorgerufen – wollte sie den medizinischen Rettungsdienst anrufen. Doch die Mitarbeiter, die gerade das Haus durchsuchten, untersagten es. Erst nachdem sich meine Mutter nicht mehr auf den Beinen halten konnte, zu Boden sank und zu stöhnen anfang, erlaubten sie den Anruf. Doch nach Ankunft der Ärzte wurde ihnen keine Möglichkeit gegeben, qualifizierte medizinische Hilfe zu leisten, weil der Mutter das Verlassen der kalten Scheune verboten wurde. Meine Mutter ist Kriegsteilnehmerin, Veteranin der Arbeit, Invalidin der zweiten Gruppe, sie hat fünf Operationen überstanden.

Ich möchte aufrichtig hoffen, dass Ihre Zeitung uns bestehen kann, genau so wie allen anständigen Menschen, die sich vor unseren Augen abwickelnden Ungesetzlichkeiten seitens der an die Macht gekommenen Halunken wenigstens einzudämmen, sowie die Gerechtigkeit zu verspüren, über die viele reden, aber nur wenige gesehen haben.

Rewa L.N. und Familienmitglieder N.S. Rewas, Morkus T.D., Morkus N.N., Popow D.W., Popow W.N.“

### **Kommentar Mark Agatows:**

„Was diente eigentlich als Grund für die Haussuchung bei dieser ehrlichen Lehrerfam-

ilie in Ewpatorija? Nur die verschwommene Aussage eines von der Polizei festgenommenen Drogenabhängigen, er habe bei „einer bejahrten Frau“ gekauft.

Ich befragte alle Bekannten von Ludmila Nikititschna, ihre Kollegen und die ehemaligen Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft, die ihre Familie gut kennen. Sie alle erklärten einstimmig, dass die Familienmitglieder Rewas an nichts Verurteilungswürdigem bemerkt wurden und die Haussuchung nur auf die polizeiliche Willkür zurückgeführt werden kann.

Die entsprechenden Dokumente und die Informationseingabe mit der Forderung, gegen die für die zugelassene Ungesetzlichkeit schuldigen Personen ein strafrechtliches Verfahren einzuleiten, übergab ich dem stellvertretenden Staatsanwalt der Autonomen Republik Krim, A.M. Domnikow, beim persönlichen Empfang. Er versicherte mir, diese Angelegenheit auf eine sorgfältigste Weise zu untersuchen.

Darüber hinaus bitte ich den geehrten Innenminister, dem Volk mitzuteilen, wann die rechtlichen Ungesetzlichkeiten in der Ukraine eingestellt werden, und wer die ungesetzliche Haussuchung bei der Lehrerfamilie in Ewpatorija verantworten wird?“.

## **Sicherheitsdienst nahm Polizisten fest, die Schmiergelder für die Freilassung von Menschen verlangten, die sie nach einer von ihnen selbst gefälschten Anklage verhaftet hatten**

■ **Die Mitarbeiter der regionalen Verwaltung des SDU in Odessa nahmen fünf örtliche Polizeibeamte bei der Übergabe der Schmiergelder fest**

Wie der Pressesprecher der regionalen Verwaltung des SDU, Wladimir Romanenko, der Zeitung „Fakty i komentarii“ berichtete, habe der Festnahme „des Kommandeurs einer Einheit der UMWD der Ukraine in der Odesskaja Region und seines Stellvertreters eine Untersuchung vorausgegangen, die Ende Oktober stattfand. Dabei deckten die Mitarbeiter des SDU ein kriminelles Schema auf, das von den Vertretern der Polizeistrukturen verwendet wurde“.

Indem sie einen Einwohner Odessas „beeinflusst“ hatten, zwangen ihn die Polizisten, einem seiner Bekannten eine Packung mit angeblich narkotischen Stoffen zu übergeben. Das Endziel der Polizeioffiziere bestand in Erhalt einer Bestechung für die „Freilassung“ des wegen der Drogen festgenommenen Bürgers. Die Mitarbeiter des SDU nahmen die beiden Erpresser in Schulterstücken in dem Augenblick fest, als sie die Bestechungssumme in Höhe von 200 US-Dollar mit im Voraus markierten Scheinen entgegennahmen.

Zur gleichen Methode der persönlichen Bereicherung griffen auch drei weitere Einsatzmitarbeiter eines der Polizeikreisämter in der Odesskaja Region. Nach den Worten Wladimir Romanenos, betrieben sie auch den Verkauf von echten Drogen, insbesondere Heroin. Nach dem Absatz der Drogen nahmen die Mitarbeiter den Käufer fest und beeinflussten ihn psychologisch auf dem Polizeikreisamt, indem sie eine „Abfindung“ verlangten. Während der Aktion wurden drei Polizisten im Augenblick der Übergabe von 1.370 US-Dollar festgenommen.

„Der Mechanismus der aufgedeckten und festgehaltenen Straftaten zeichnet sich dadurch aus“, betonte der Vertreter des regionalen SDU, „dass die Mitarbeiter der Polizei die Verbrechen selbst ausgearbeitet und die Verletzungen der Gesetzgebung von den Bürgern in Form der angeblichen Drogenaufbewahrung organisiert hatten“.

## Strafrechtliches Verfahren gegen Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane, die der Verdachtsperson kochendes Wasser auf die Füße gossen

■ Die Staatsanwaltschaft der Odesskaja Region leitete ein strafrechtliches Verfahren wegen Machtüberschreitung und Dienstmissbrauchs gegen die Mitarbeiter der Polizei, die unschuldige Menschen ungesetzlich festgenommen und zusammengeschlagen hatten.

Wie der stellvertretende Generalstaatsanwalt und Staatsanwalt der Odesskaja Region, Alexander Galkin, der Zeitung „Fakty i komentarii“ mitteilte, habe sich die Verwandte einer von der Polizei festgenommenen Person bei der regionalen Staatsanwaltschaft über die Machtüberschreitung und den Dienstmissbrauch seitens der Mitarbeiter der regionalen Verwaltung für die Bekämpfung des illegalen Drogenverkehrs in der Odesskaja Region beschwert. Wie die Ergebnisse einer Revision zeigten, an deren Durchführung u. a. die Verwaltung für innere Sicherheit der regionalen Verwaltung des Innenministeriums teilnahm, hatten sechs Mitarbeiter der Verwaltung für die Bekämpfung des illegalen Drogenverkehrs während einer Operation eine Person wegen des Verdachts eines Raubüberfalls und noch einen Bürger festgenommen. Sie alle wurden in die Hauptverwaltung eingeliefert, wo sie von den Mitarbeitern des Innenministeriums zusammengeschlagen wurden. Um von einem der Verdächtigen die Aussage über die Aufbewahrung der Drogen zu erhalten, gossen die Mitarbeiter des Innenministeriums kochendes Wasser auf seine Füße. Im Ergebnis eines

derartigen „Verhörs“ musste der Verdächtige in die städtische Klinik für Verbrennungsmedizin mit breiten Brandwunden an beiden Füßen eingeliefert werden. Laut medizinischer Begutachtung wurden auch bei den drei anderen Festgenommenen leichte körperliche Verletzungen, wie blutunterlaufene Stellen, Hautabschürfungen und Blutergüsse diagnostiziert. Einem der Festgenommenen wurden außerdem zwei Rippen gebrochen und das Auge verwundet.

Nach dem Verprügeln wurden die festgenommenen Personen in die Beugehaft des Polizeistadtamtes in Odessa gebracht. Später wurden drei von ihnen freigelassen, und der aus dem Krankenhaus entlassene Häftling gestand eine Reihe von schwerwiegenden Verbrechen, lehnte es aber ab, in der Episode mit Kauf und Aufbewahrung der Drogen gegen sich selbst auszusagen. Nach seinen Worten, seien ihm die Drogen von den Mitarbeitern der Verwaltung für die Bekämpfung des illegalen Drogenverkehrs unterschoben worden.

„Darüber hinaus wurde während der Überprüfung der Beschwerde eine ganze Reihe von schwerwiegenden Dienstmissbräuchen seitens der Mitarbeiter des Innenministeriums festgestellt“, sagte der Staatsanwalt. „Insbesondere wurde den Festgenommenen kein Anwalt zur Verfügung gestellt sowie waren weder die Verwandten noch die Staatsanwaltschaft über die Festnahme in Kenntnis gesetzt.“

Nach den Ergebnissen der Überprüfung und den festgestellten Tatbeständen leitete der amtierende Staatsanwalt der Odesskaja Region, Sergej Danilin, ein strafrechtliches Verfahren aufgrund der diesbezüglichen Artikel des StGB „Dienstlicher und Amtsmissbrauch eines Mitarbeiters der Rechtsschutzorgane“ und „Überschreitung der dienstlichen bzw. Amtvollmachten, verbunden mit Gewalt- bzw. Waffenanwendung oder schmerzvollen und menschenunwürdigen Handlungen“ ein.

## Rechtschützer behaupten, dass Festgenommene in Polizeiämtern zu Bescheinigungen gezwungen werde, dass sie keine Ansprüche erheben würden

■ Eine Menschenrechtorganisation, „Der regionale Medienklub Poltawa“, wandte sich an den Innenminister der Ukraine und den Verwaltungschef des Innenministeriums in der Poltawskaja Region, B.A. Kernizkij, mit dem nachstehenden Appell:

„Leider war der Jahrestag der „orangefarbenen Revolution“ nicht durch erfolgreiche Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten sowie Korruptionsbekämpfung in der Ukraine gekennzeichnet.

Am besten wissen es die Mitarbeiter von Menschenrechtorganisationen und Massenmedien, an die sich die Bürger um Schutz und Hilfe als letzte Instanz wenden.

Die Zahl der Beschwerden über Bürokratismus und Gleichgültigkeit der Beamten aller Ebenen, über die Unmöglichkeit, in dem Gericht und der Staatsanwaltschaft Gerechtigkeit zu finden, die grausame und menschenunwürdige Behandlung in den Rechtsschutzorganen, lässt sich nicht nach.

Trotz des Führungswechsels stellt die Öffentlichkeit fest, dass sich in der Tätigkeit der Machtgremien keine radikalen Veränderungen vollzogen haben.

Wenn sich die Bürger über eine brutale Behandlung in den Rechtsschutzorganen beschwerten, so berufen sich deren Leiter zynisch darauf, dass die Reklamanten angeblich ihre eigenhändigen Erklärungen hinter-

lassen und bestätigen, sie hätten keine Beanstandungen an die Polizei.

Solche Erklärungen werden, erstens, immer von den Rechtschützern initiiert, um dem betroffenen Bürger den Beschwerdeprozess zu erschweren und sich vor der Verantwortung abzusichern. Zweitens, werden solche Erklärungen nicht selten durch gewaltsame Methoden herausgeschlagen, und die Menschen werden so lange nicht freigelassen, bis sie die Erklärung unterschrieben haben.

Die Menschenrechtorganisation „Der regionale Medienklub Poltawa“ verlangt von der Leitung des Innenministeriums in der Poltawskaja Region und der Führung des Innenministeriums mit der Praxis zu beenden, von den festgenommenen oder verhafteten Bürgern in jeder Form, unter Zwang oder nicht, solche Erklärungen über die Nichtbeanstandung der Polizeimitarbeiter zu fordern. In diesem Zusammenhang wäre ein Sonderbefehl zu erlassen, indem sich mit seinem Inhalt nicht nur der Personalbestand bekennt gemacht wird, sondern die gesamte Öffentlichkeit, was die Journalisten und Massenmedien sicherlich gerne unterstützen würden.

Ein solcher Befehl würde die aufrichtige Bestrebung der Führung der Machtgremien bestätigen, den Folterungen und Erniedrigungen der Menschenwürde ein Ende zusetzen und sich an den Rechten festhalten, die durch den Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention und den Artikel 28 der Verfassung der Ukraine gewährleistet werden.

Wir appellieren an die Menschenrechtsschützer der Ukraine um Unterstützung unseres Appells“.

## Entlassene Leiter der Machtgremien wollen ihre Rechte vor Gericht verteidigen

■ **Der von seinem Posten abgesetzte Kommandeur des Sonderregiments „Berkut“, Gennadij Abramtschuk, will seine Recht auf die Wiedereinsetzung in der Funktion vor Gericht verteidigen.**

Wie die Zeitung „Segodnja“ mitteilt, wurde er Ende Oktober gemeinsam mit mehreren ranghohen Polizeioffizieren der Hauptstadt entlassen.

**Gennadij Abramtschuk erklärte:**

„In den neun Monaten, wo ich das Regiment kommandierte, gab es keine ernsthaften Dienstvergehen des Personalbestands. Im vergangenen August wurde ich sogar mit dem Zeichen des Innenministeriums der Ukraine „Für hervorragenden Dienst“ ausgezeichnet. Mit meiner Ernennung wurde die psychologische Atmosphäre im Regiment ausgewogener, während sich die Menschen zuvor niedergeschlagen fühlten. Für die Ergebnisse der neun Monate wurde das Kiewer „Berkut“ für das beste in der Region befunden und belegte den zweiten Platz unter allen Einheiten der Ukraine.“

Über seine Absicht, eine Gerichtsklage einzureichen, erklärte der Zeitung „Segodnja“ ebenfalls der Kommandeur der aufgelösten Sondereinheit „Titan 2“, Wadim Bartenjew, dem „Handlangerarbeit“ für die Oligarchen vorgeworfen wird.

## DRUCK AUF UNTERNEHMER

### Vertreter der Gesellschaftsorganisatio n beschuldigen ranghohen Beamten und Richter der Bestechlichkeit

■ **Auf der Pressekonferenz am 28. November beschuldigten die Vertreter des gesamtukrainischen „Komitees zur Korruptionsbekämpfung in den staatlichen und Rechtsschutzorganen“\* staatliche Beamte der Erpressung einer Bestechung von Unternehmern.**

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, habe der stellvertretende Vorsitzende der Organisation, Walerij Tschernij, den Geschäftsmann Wladimir Kriworutschko vorgestellt, auf den nach seinen Worten Druck seitens des Vorsitzenden eines der Gerichtshöfe in Kremenchug, Iwan Djadetschko, ausgeübt worden sei.

Walerij Tschernij erklärte, der Richter habe persönlich vom Unternehmer verlangt, ihm für eine „normale“ Zusammenarbeit 50% des Gewinns auszuzahlen, und der Unternehmer habe das tun müssen:

\* Die gesamtukrainische gesellschaftliche Vereinigung „Das Komitee zur Korruptionsbekämpfung in den staatlichen Verwaltungsorganen, den Rechtsschutzorganen, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten“ wurde im Oktober 2005 gegründet. Nach Meinung des Organisationsvorsitzenden, Eduard Efimenko, unternehme die Macht trotz aller ihrer Beteuerungen praktische keine Schritte zur Korruptionsbekämpfung und Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas für die Geschäftskreise. „Das ganze Geschäftsleben wird heute zerstört“. Die Organisation kündigte für jede Region eine Niederlassung an, die Geschäftsleuten helfen sollte, „die Angewohnheit zur Bestechung“ loszuwerden.

„Bis heute macht die Summe, die an I. Djadetschko eingezahlt worden ist, über 160.000 Griwna aus. Doch der Richter gab sich damit nicht zufrieden. Vor kurzem verlangte er, dass alle Mitarbeiter des Unternehmens der Partei „Sobor“<sup>\*</sup> beitreten und auf ihr Konto Beträge überweisen.

Danach verlangte er, die Menschen einzustellen, die keinen Bezug zum Unternehmen haben. Es geht insbesondere um die Frau des Vorsitzenden des Poltawskij Regionalgerichtshofs Herrn Milasch und W. Bagazkij, den Assistenten des Volksabgeordneten Grigorij Omeltschenko“.

Nach W. Tschernijs Aussage, habe der Appetit des Richters laufend zugenommen, und „Djadetschko begehrte schon das Geschäft Kriworutschkos, weshalb gegen ihn zwei strafrechtliche Verfahren gefälscht wurden. Der Geschäftsmann wurde verhaftet, und man verlangte von ihm 20.000 US-Dollar, um „Schläge und Missachtungen zu vermeiden“.

Das Komitee zur Korruptionsbekämpfung in den staatlichen und Rechtsschutzorganen stellte den Rechtsschutzorganen Audioaufzeichnungen und andere Beweise der Bestechlichkeit zur Verfügung. Die Unterlagen wurden ebenfalls der Generalstaatsanwaltschaft, dem SDU und Innenministerium, sowie den Volksabgeordneten und dem Parteiführer der „Sobor“ A. Matwiejenko übergeben.

Wie die Internet-Ausgabe „Rodina-Wostok“ berichtet, habe der stellvertretende Vorsitzende

des Komitees zur Korruptionsbekämpfung in den staatlichen und Rechtsschutzorganen, Dmitrij Shminjko, über den zweiten Fall des „Rackets auf ukrainische Art“ wie folgt erzählt:

„Schmutzige Abenteuer seitens der Beamten des Verkehrsministeriums und der Richter betrafen auch die Hafenschiffahrtsgesellschaft „Dnepr Cargo Limited“ in Cherson. Die Gesellschaft ist in der Ukraine seit 1997 tätig, in dieser Zeit investierte sie in den ukrainischen Staat 1,5 Mio. US-Dollar und zahlte in seinen Haushalt über 5 Mio. Steuern ein. Mit anderen Worten, gedieh das Unternehmen. Bis ein gewisser Vertreter des Beraters des Verkehrsministers der Geschäftsführung mitteilte, dass sie sich innerhalb von zwei Wochen mit der Summe der permanenten Auszahlungen an Herrn Berater festzulegen hätte. Sonst würde die Arbeit des Hafens eingestellt“.

Der Mann übergab keine dokumentarisch bestätigte Motivierung seiner Erklärungen. Die Reaktion der ausländischen Investoren der Gesellschaft fiel adäquat aus:

„Wie durfte es dazu kommen? Präsident Juschtschenko hat doch erklärt, die Investoren könnten aus ihren Verträgen den „Punkt“ über die Bestechung der ukrainischen Seite streichen. Doch die Absage der „Vergütung“ für die Vertreter des Verkehrsministeriums löste einen Krieg gegen die Gesellschaft aus. Sie musste deshalb eine ganze Reihe von Revisionen seitens der regionalen Staatsanwaltschaft Cherson durchstehen“, teilte Dmitrij Shminjko mit.

---

\* Die ukrainische republikanische Partei „Sobor“, die dem Wahlblock der politischen Parteien Wiktor Juschtschenkos „Nascha Ukraina“ angehört.

## XENOPHOBIE UND EINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT

### Israel verlangte von der Ukraine konkrete Schritte zur Beseitigung antisemitischer Erscheinungen

■ Der ukrainische Chargé d'affaires in Israel Alexander Chomjak wurde in das Außenministerium des Landes vorgeladen. Wie ihm hingewiesen wurde, sollte die Ukraine auch weiterhin nachdrückliche Bitten Israels über die Schließung der Zwischenregionalen Akademie für Personalmanagement (MAUP) ignorieren, würde Israel dementsprechend reagieren.

Wie die Zeitung „Gazeta po-kiewski“ dazu schreibt, habe Israel damit auf die Erklärung der MAUP zur Unterstützung des Aufrufs des iranischen Präsidenten reagiert, Israel von der Weltkarte auszulöschen. Die israelische Seite ist besorgt, dass die Leitung der MAUP, wo über 50.000 Studenten ausgebildet werden, systematisch antisemitische Ideen verbreitet, und verlangt vor der ukrainischen Seite dringende Schritte gegen die Akademie bis zu ihrer Schließung hin. Die Verurteilung dürfe sich nicht auf verbale Erklärungen beschränken.

Bislang haben die staatlichen Stellen der Ukraine keine effektiven Maßnahmen gegen diese gesetzwidrigen Tätigkeiten ergriffen.

**In seinem Kommentar zu diesem Problem stellte der Volksabgeordnete Alexander Feldmann fest, dass Volksabgeordnete aus der machtnahen**



Alexander Feldmann

**Fraktion Redaktionsgremien der Ausgaben angehören, die den Antisemitismus propagieren:**

„Das Problem der MAUP hätte man vor einigen Jahren lösen müssen, ohne einen internationalen Skandal abzuwarten. Ich als Präsident der Assoziation der nationalkulturellen Verbände der Ukraine, viele andere Politiker und bekannte gesellschaftliche Persönlichkeiten machten die Staatsmacht wiederholt auf das Problem der xenophoben Propaganda in der Ukraine aufmerksam, die die Printausgaben der MAUP, die Zeitung „Silski westi“ sowie andere ungestraft betreiben.“

Doch die Organe der staatlichen Macht, die darauf reagierten mussten, taten so als existiere kein solches Problem in der Ukraine. Es ist kaum vorstellbar, dass in einem anderen zivilisierten Land Studiumseinrichtungen bestehen könnten, in denen Xenophobie und Antisemitismus in den Rang der Bildungspolitik gehoben würden. Dass zahlreiche Printausgaben, zu deren Redaktionsgremien Abgeordnete der machtnahen Fraktionen gehören, straflos unverhohlenen Antisemitismus propagieren würden. Dass Rückfälle des Rowdytums auf zwischenethnischer und zwischenkonfessioneller Grundlage, systematische

Erscheinungen des kulturellen Vandalismus von der Macht als „unbedeutende alltägliche Dinge“ ausgelegt würden.

Die Personen, die xenophobe und antisemitische Erscheinungen unterbinden müssen, bleiben aber untätig, sie fügen dadurch dem Präsidenten den Schaden zu und tragen dem Image der Ukraine als ein unzivilisiertes Land bei.

**Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, habe der Präsident nach zahlreichen Publikationen über antisemitische Erscheinungen in der Ukraine und Appelle an seine Adresse eine Erklärung getätigt, in der er die Gesellschaft zur solidarischen Verurteilung jeglicher antisemitischer und xenophober Erscheinungen aufrief**

Er sagte auch, der Staat würde in dieser Frage eine harte Haltung einnehmen, und brachte seine Besorgnis um Zusammenhang mit antisemitischen Fällen in der Ukraine.

Die Wochenzeitung „2000“ erinnerte, sie habe mehrmals darüber berichtet, dass die MAUP durch ihre Publikationen faktisch die Gesellschaft spaltet und zwischennationalen Zwist anheizt:

„Wir veröffentlichten Analysen zu einigen Publikationen der MAUP, wir wandten uns an die Führung der Ukraine mit Anfragen, wie lange noch versucht werde, die ohnehin zerbrechliche nationale Eintracht in unserem Land zu sprengen? Insbesondere verglichen wir in einem Beitrag die Zitate aus Machwerken in „Personal“ und „Personal+“ mit geistig verwandtschaftlichen Perlen aus dem berühmten „Mein Kampf“. Selbstverständlich konnte die MAUP unsere Artikel nicht leiden, und die Akademie reichte gegen „2000“ acht Gerichtsklagen ein.

Mittlerweile passierte im August und September neue Zwischenfälle: zuerst wurde von der Gruppe der betrunkenen Menschen ein Student der jüdischen Religionsuniversität

zusammengeschlagen, und dann unter ähnlichen Umständen der ehemalige israelische Konsul in der Ukraine. Sie wurden zielgerichtet angegriffen, dafür, dass sie Juden sind, weil die Opfer traditionelle Trachten jüdischer Geistlicher anhatten.

Solche Vorfälle wären unmöglich, wenn in der Gesellschaft keine antisemitische Hysterie verschärft würde, in der die MAUP ihre Hand im Spiel hat. Die Wochenzeitung „2000“ berichtete über diese barbarischen Überfälle, die einem zivilisierten Land nicht geziemen, mit Bitterkeit und Empörung. Wir wandten uns an den Präsidenten und forderten ihn zur Beachtung dieser himmelschreienden Fälle auf, der Tatsache, dass in vielen Kiosken in ganz Kiew xenophobe und provokative Machwerke angeboten werde, die die MAUP herausgibt und verbreitet.

Und erst nach dem Appell der israelischen Botschaft reagierte Juschtschenko als Präsident der Ukraine auf das Problem, worüber unsere Zeitung bereits seit mehreren Monaten Alarm schlägt“.

**Vertreter der nationalen Verbände erklären, dass die Macht nicht auf xenophobe Stimmungen reagiert**

**■ In Kiew fand das 6. Forum der nationalen Verbände des Landes „Wir alle sind deine Kinder, Ukraine!“ statt. Die Vorträge seiner Teilnehmer beschäftigten sich mit großer Besorgtheit um die Situation, die sich heute mit den nationalen Minderheiten in der Ukraine gebildet hat, weil die Probleme der kleinen Nationen im Land missachtet werden.**

Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, verfügen die meisten nationalen Verbände nicht einmal

über eigene Räumlichkeiten. Viele Verbände haben keine eigenen Zeitungen, wegen der fehlenden staatlichen Unterstützung ist auch die Herausgabe der Literatur beschränkt. Besonders beunruhigend erscheint die Schürung der zwischennationalen Feindseligkeiten, was darüber in der Presse berichtet wird, scheint nur die Spitze eines Eisbergs zu sein. Bezeichnend ist, dass die Macht praktisch nicht auf xenophobe Ausschreitungen einiger Bürger reagiert, sie ziehen keine adäquate Einschätzung laut der Verfassung nach sich.

**Der Präsident des Rates der nationalen Verbände und des Judenrates der Ukraine, Ilja Levitas, erklärte dazu:**

Vor einem Jahr weckte der jetzige Präsident bei uns Hoffnung, indem er die Entwicklung der nationalen Kulturen nach seinem Machtantritt sowie transparente und offene Handlungen der Macht versicherte. Wir haben das geglaubt.

Jetzt aber ist es unmöglich, von ihm überhaupt empfangen zu sein! Die Anschreiben erwidert er auch nicht. Ich persönlich leitete ihm sechs Schreiben in Namen des Jüdischen Rates zu, die ihn anscheinend nicht erreichten. Es kommt der Eindruck auf, er und seine Umgebung seien Tschapajews mit Säbeln, während wir die Pferde wären, auf denen man reiten könnte. Für uns wird kein Interesse gezeigt, für die nationalen gesellschaftlichen Organisationen wird nichts unternommen. Der Präsident ist leider über viele Fragen nicht im Bilde, die das Leben der nationalen Verbände in der Ukraine betreffen“.



Nadir Bekirow

**Organisation für Schutz der nationalen Minderheiten leitete der Uno Fakten über Verfolgung der Aktivisten der nationalen Bewegungen in der Ukraine zu**

■ **Der Präsident der Stiftung für Studien und Unterstützung der Stammvölker der Krim\*, Nadir Bekirow, stellte auf einer Pressekonferenz in Kiew fest, dass sich die Ukraine in einen Rassenstaat hinsichtlich der Krimtataren verwandelt.**

Wie die Zeitung „Pолuostrow“ mitteilt, habe der Stiftungsvorsitzende eine Reihe von Tatsachen angeführt, die seiner Meinung nach für Repressalien gegen die Aktivisten der nationalen Bewegung der Krimtataren sprechen, und erklärte:

\* 1997 von Vertretern der tatarischen Intelligenz gegründet.

„Wenn früher alles auf die ehemalige Macht abgeschrieben wurde, so nehmen Repressalien unter der neuen demokratischen Macht nur zu. Leider verwandelt sich die Ukraine hinsichtlich der Krimtataren in einen Rassenstaat. Das ist eine sehr gefährliche Tendenz. Wir streben offene und normale Beziehungen an, die auf gegenseitiger Achtung und Interessenakzeptanz basieren. Doch sie bleiben leider aus.“

Bekirow ist überzeugt, dass „die Rechtsschutzorgane der Ukraine strafrechtliche Verfahren gegen Krimtataren absichtlich einleiten“.

Die Stiftung für Studien und Unterstützung der Stammvölker der Krim wandte sich an den Sonderbeauftragten der Uno für die Diskriminierung der Stammvölker und an den Vertreter des Uno-Generalsekretärs.

## **Oppositionspartei schätzte die Verdrängung des orthodoxen Programms aus dem Sendeplan als Rechtsmissachtung der Gläubigen**

■ **Die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) ließ im Zusammenhang mit der Einstellung der Fernsehendung „Prawoslawnij mir“ eine Erklärung verbreiten:**

„Seit dem 19. November wurde die Fernsehendung „Prawoslawnij mir“ eingestellt, die von der Fernseh- und Rundfunkgesellschaft

„Era“ auf dem Kanal UT1 ausgestrahlt worden war. Ihre Geschäftsführung sagte den Vertretern der Ukrainischen Orthodoxen Kirche ganz unerwartet und ohne Begründung ab.“

Die Sendung „Prawoslawnij mir“ wurde wöchentlich in der ukrainischen Sprache ausgestrahlt und genoss eine große Popularität unter den orthodoxen Zuschauern. Zu ihrem Inhalt gehörten aktuelle Ereignisse in der orthodoxen Kirche sowie christliche Predigten.

Die Einstellung der Sendung kann ausschließlich durch politische und ideologische Motive erklärt werden. Unter den Bedingungen, als die Staatsführung eindeutig einige orthodoxe Kirchen vorzieht und sie als „national“ behandelt, während die Ukrainische Orthodoxe Kirche, die die meisten orthodoxen Gläubigen umfasst, als „fremd“ ignoriert wird, handelt genau so auch die „orangefarbene“ Fernsehanstalt, die in der Nähe zu Machtstrukturen steht. Es fällt auch leicht zu erraten, dass ebenfalls der Nationalrat für Fernsehen und Rundfunk seine Hand im Spiel hatte, dessen Politik auch früher die volle Verdrängung der russischen Sprache aus dem Äther bezweckt hat und tatsächlich zu seinem Hauptanliegen geworden ist. Diese Politik wird jetzt durch die Verdrängung der „nicht genehmen“ Kirche fortgesetzt.

Die Sozialdemokratische Partei der Ukraine (vereinigte) hält die Einstellung der Sendungsausstrahlung „Prawoslawnij mir“ für eine grobe Rechtsmissachtung der Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, für ihre offenkundige Behandlung als Stiefkinder des Staats“.

## MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

### Richter bedrohen die Meinungs- und Pressefreiheit in der Ukraine

■ Der Regionale Journalistenverband in Donezk appellierte an den Präsidenten, Vorsitzenden der Werchow-naja Rada, Generalstaatsanwalt und Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs der Ukraine hinsichtlich des Beschlusses eines Bezirksgerichtshofs in Donezk in der Sache des Journalisten Anatolij Erenenko und der Wochenzeitung „Serkalo nedeli“. Der Beschluss „verbiete faktisch die Genre der journalistischen Recherche und ziehe die Existenzmöglichkeit der unabhängigen Massenmedien in Zweifel“. In dem Appell wird u. a. hervorgehoben:

Der Petrowskij Bezirksgerichtshof in Donezk verletzte die Verfassung sowie mehrere ukrainische und internationale Gesetze, die das Recht der Bürger auf Meinungsfreiheit und Information gewährleisten.

Am 20. Oktober 2005 traf das Gericht den Beschluss, der die Wochenzeitung „Serkalo nedeli“ verpflichtet, von ihrer Webseite den Artikel des Journalisten Anatolij Erenenko aus Donezk zu entfernen, in dem über die Tätigkeit der Wirtschaftsgerichte in der Donezkaja Region berichtet wird.

Trotz der Tatsache, dass kein einziges Gesetz der Ukraine die Zensur der Ansichten, Auffassungen oder Überzeugungen einer Zeitung oder eines Journalisten vorsieht, beschuldigte der Richter O.A. Funshij den Journalisten Anatolij Erenenko aus Donezk, der bei der Vorbere-

itung der Veröffentlichung im rechtlichen Rahmen und unter Einhaltung aller professionellen Standards gehandelt hatte, der fehlenden Überprüfung der offiziell zur Verfügung gestellten Schlussfolgerungen und Beurteilungen einer Amtsperson.

In der journalistischen Recherche A. Erenkos über die „Leistungen“ der Wirtschaftsgerichte wird überhaupt kein einziger Name erwähnt. Zugleich deckt der Journalist in diesem Beitrag das Schema und den Mechanismus der Erreichung „gewünschter“ Ergebnisse an einem konkreten Beispiel im System der wirtschaftlichen Rechtsprechung auf.

Den Beschluss des Petrowskij Bezirksgerichtshofs in Donezk halten wir für eine Verletzung des Artikels 10. Teil 1, der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Wir sind überzeugt, dass der Beschluss des Bezirksgerichtshofs aus Donezk einen Versuch darstellt, alle ukrainischen Massenmedien an den Rand des gesellschaftlichen Lebens abzurängen und bestimmte Zonen zu schaffen, die für die Medien unzugänglich wären“.

Der Journalist Anatolij Erenenko selbst beabsichtigt, gegen den Beschluss des Petrowskij Bezirksgerichtshofs Einspruch einzulegen.

### Chefredakteurin der Kreiszeitung erklärt über Entlassung wegen der Weigerung, absurde Anweisungen der örtlichen Macht auszuführen

■ Der Chef der staatlichen Kamensko-Dneprowskaja Kreisadministration, Saporoshsckaja Region, und Kurator der politischen Partei „Volksunion „Nascha Ukraina“ im Kamensko-Dneprowskij Kreis, Oleg Tkatschenko, setzte durch seine Anordnung die

**Chefredakteurin der Kreiszeitung „Nowini dnja“, Irina Golowtschenko, faktisch ab.**

Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, sei das kurz vor dem 75. Jubiläumstag geschehen. „Nowini dnja“ ist eine der ältesten Zeitungen in der Saporoshszkaja Region, die zweimal wöchentlich erscheint, ihre Auflage, augenblicklich 4.600 Exemplare, steigt ständig, seit die Zeitung Irina Golowtschenko führt.

Die Leser schätzen ihre Zeitung für objektive Berichterstattung über das Leben im Kreis, seine ganze gesellschaftliche und politische Palette. Die Weigerung der Redaktion, den politischen Ambitionen der jetzigen Macht zu entsprechen, löste eine entsprechende Reaktion des Chefs der staatlichen Kreisadministration, Oleg Tkatschenko aus.

Irina Golowtschenko verfügt über unwiderlegbare Tatsachen des Drucks und der Entlassungsdrohungen, die Herr Tkatschenko an ihre Adresse gerichtet hat. Doch die Motivierungen, die seine erwähnte Anordnung anführt, entsprechen nicht den realen Fakten, meint Frau Golowtschenko.

In diesem Zusammenhang wandte sich das Zeitungskollektiv mit einem Offenen Brief an die Gründer, das Abgeordnetenkorps des Kreisrats, und die Leser. Darin wird festgestellt, dass das Redaktionskollektiv die Anordnung des Chefs der staatlichen Kreisadministration als „einen Akt der politischen Repressalien seitens Herrn Tkatschenkos“ aufnimmt, als „die Abrechnung mit der Chefredakteurin, die sich bei den neuen Macht nicht lieb Kind machen sowie absurde Anweisungen der Beamten ausführen will, die den Interessen und Erwartungen der örtlichen Gemeinschaft zuwider laufen“.

## Wie Journalisten vermuten, beseitige die Macht unter Vorwand der Vertriebsregelung oppositionelle Presse

■ **Wie der Sonderkorrespondent der Zeitung „Kiewskije wedomosti“ in den östlichen Regionen der Ukraine mitteilte, seien die Pressehändler angewiesen, die oppositionellen Ausgaben nicht mehr zu vertreiben. Die Reporter der „Kiewskije wedomosti“ besuchten einige Pressekioske in Kiew und konnten ihre Zeitung nicht im Angebot finden**

Wie dazu die Zeitung schreibt, habe „jemand allem Anschein nach angefangen, die ukrainischen Zeitungen in „unsere“ und „nicht unsere“ einzuteilen“.

Die Verkäufer behaupten einzig, die Eigentümer möchten „euch“ nicht vertreiben. Tatsächlich interessant, wieso? Wohl deswegen, weil unsere Zeitung in jeder Ausgabe scharfe Beiträge veröffentlicht, die die Handlungen der Machthabenden kritisieren.

Wie „der Informationsraum gesäubert wird“, zeichnet sich jede Region durch ihre eigenen Besonderheiten aus. So wurden in Iwano-Frankowsk, Dnepropetrowsk und Lwow alle Zeitungskioske der „Sojuzpetschatj“ aus der Stadtmitte entfernt: man machte es unter dem Vorwand, den Vertrieb besser regeln zu wollen und die kleineren architektonischen Formen schöner zu gestalten. In Kiew schickte man sich auch an, 152 Zeitungskioske, vor allem auf Zugängen zu den U-Bahn-Stationen und in Unterführungen, zu beseitigen. Doch die Protestaktionen der Unternehmer und Journalisten konnten den amtlichen Eifer dämpfen“.

## FREIHEIT FRIEDLICHER VERSAMMLUNGEN

### Kiewer Behörden schränken Protestaktionen ein und unterdrücken damit die Freiheit friedlicher Versammlungen

■ **Der Stadtrat Kiews traf die Entscheidung, den politischen Protesten der oppositionellen Kräfte ein Ende zu setzen. In dem Beschluss der Kiewer Angeordneten wird dieser Schritt u. a. wie folgt begründet:**

„Zur Einhaltung der öffentlichen Ordnung und der Gesetzlichkeit sowie Gewährleistung der ungestörten Tätigkeit der Organe der gesetzgebenden, exekutiven und Rechtsprechenden Gewalt werden in der Stadtmitte Kiews (in den Grenzen von Ewropejskaja Platz – Gruschewskij Straüe – Parkowaja Straüe – Slawa Platz – Suworow Straüe – Moskowskaja Straüe – Kutusow Straüe – Lesja Ukrainka Platz – Lesja Ukrainka Boulevard – Bassejnaja Straüe – Bessarabskaja Platz bis Taras Schewtschenko Boulevard und von Sofijskaja Platz bis Maidan der Unabhängigkeit) nur gesamtstaatliche und gesamtstädtische Veranstaltungen entsprechend den Erlässen des Präsidenten der Ukraine, den Anordnungen des Ministerkabinetts und so weiter durchgeführt.“

Wie die Zeitung „Nascha gazeta plus“ schreibt, braucht man für die Durchführung einer Aktion die Zustimmung der staatlichen bzw. der städtischen Behörden. Indem sie politische Aktionen der Opposition verbietet, kann sich die Macht immer auf diesen ausgeklügelten Beschluss berufen.

**Die Pressestelle der Sozialistischen Partei der Ukraine ließ dazu eine Erklärung verbreiten, in der festgestellt wird:**

„Dem Stadtrat Kiews hat der Oberbürgermeister nach dem sechsten Versuch einen Beschluss aufgezungen, dessen Inhalt der berüchtigten Regel entspricht: „Mehr als drei dürfen sich nicht versammeln!“.

Damit setzte der Stadtrat Kiews für die Stadtmitte tatsächlich die gültigen Verfassungsnormen der Ukraine außer Kraft, die das Recht der Bürger auf friedliche Versammlungen verankern.

Die Kiewer Stadtmacht scheint die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ausschließlich über Zäune; Abspernungen und Polizeiketten vorzuziehen und nach Möglichkeit aus einer großen Entfernung. Nach der Logik dieses Beschlusses könnte in der Stadt das Ausgangsverbot als nächster Schritt verhängt werden.

Das Kiewskij Stadtkomitee der Sozialistischen Partei der Ukraine verurteilt diesen Beschluss des Stadtrats Kiews entschieden und legt demnächst gerichtlichen Einspruch ein.“

**Vorstandsmitglied der Ukrainischen Helsinki-Menschenrechtgruppe\* Wladimir Tschemeris erklärte über Zunahme der Verletzungen der Bürgerrechte- und Freiheiten in der Ukraine 2005.**

Wie die Internet-Ausgabe „For-ua.com“ mitteilt, beabsichtige der Rechtschützer das Gericht anzurufen, falls der Beschluss des Stadtrats

\* Die gesamtukrainische Assoziation der gesellschaftlichen Menschenrechtsschutzgruppen, die sich für die Verwirklichung der humanitären Artikel der Schlussakte der Beratung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) 1975 in Helsinki sowie der darauf basierenden internationalen Verpflichtungen einsetzen. Sie wurde am 1. April 2004 gegründet.

Kiews über das Verbot friedlicher Versammlungen in bestimmten Bezirken in Kraft treten sollte.

Nach den Worten von Tschemeris wurden in diesem Jahr etwa 100 unbegründete Gerichtsentscheidungen getroffen, die entgegen der Verfassung friedliche Versammlungen verboten\*. Dabei wird, wie Tschemeris feststellte, in der Regel zu einer bekannten „politischen Technologie“ gegriffen: wenn eine oppositionelle politische Kraft ihren Antrag auf die Aktion stellt, erfolgt sogleich ein Antrag von ihrer Opponenten auf eine Aktion am gleichen Ort, danach wird die Entscheidung über Nichtzulassung beider Aktionen getroffen.

Obwohl es in diesem Fall, der Menschenrechtler betont, keine Gründe für das Verbot bestehen, weil die Rechtsschutzorgane die Teilnehmer beider Aktionen zu schützen hätten.

Tschemeris vermerkte, dass die Vertreter der Macht die Einführung „drakonischere Regeln“ hinsichtlich friedlicher Versammlungen beabsichtige. Insbesondere schlagen sie eine Verpflichtung der Aktionsorganisatoren vor, Veranstaltungen spätestens 10 Tage vor der Durchführung anzumelden. Die hauptstädtischen Behörden versuchen auch, ein Territorium umzureißen, auf dem Kundgebungen verboten werden. Nach seinen Worten sei das alles gesetzwidrig.

## MISSACHTUNG BÜRGERLICHER RECHTE

### Mediziner kündigten eine gesamtukrainische Protestaktion an. Die Ärzte, die sich am Hungerstreik als Protestform beteiligen, wurden bedroht

■ **Am 29. November bestreikten über zweieinhalbtausend Ärzte, Krankenschwestern und Pharmazeuten aus verschiedenen Regionen der Ukraine die Werchownaja Rada, indem sie Gehaltserhöhung und zusätzliche Finanzierung des Gesundheitswesens forderten. Sie kündigten in diesem Zusammenhang eine gesamtukrainische Warnprotestaktion an.**

Die Mediziner waren gezwungen, zu aktiven Handlungen zum Schutz ihrer verfassungsmäßigen Rechte sowie der Bedürfnisse des Volkes an hochqualitativer medizinischer Betreuung überzugehen, weil die Macht diesen lebenswichtigen gesellschaftlichen Bereich ignoriert.

Nach Mitteilung der Nachrichtenagentur „Prima News“, betrage das durchschnittliche Monatsgehalt eines ukrainischen Arztes umgerechnet 105 US-Dollar. Nach dem Lohnniveau liegen die Mediziner unter den unterschiedlichen Berufen an der 29. Stelle. Die Vorsitzende der Gewerkschaft der medizinischen Mitarbeiter der Ukraine, Tamila Kasarina, erklärte, die Armut der Ärzte und Kürzung der Haushaltsausgaben für das Gesundheitswesen hätten dazu geführt, dass sich die Ukraine auf dem ersten Platz in

Europa hinsichtlich der Todesrate der Bevölkerung befindet.

„Die Mediziner arbeiten im Rahmen einer ungenügenden gesetzlichen Basis. Ihre Arbeitssnormen wurden seit 1940 nicht revidiert, es fehlt ein Gesetz über die Rechte der Mediziner, eine ganze Reihe von Erlässen des Präsidenten der Ukraine und Beschlüssen der Werchownaja Rada über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung werden nicht erfüllt, grundsätzliche gesetzliche Bestimmungen der Ukraine über das Gesundheitswesen werden ignoriert. Bei den empfohlenen 10% macht die Finanzierung des Gesundheitswesens nur 3% des BIP aus, während nach Angaben der WHO der Bereich bei unter 6% des BIP ruiniert wird“.

Wie die Zeitung „Rabotschaja gazeta“ mitteilt, übersteige die Todesrate jetzt in der Ukraine mehr als um das 2fache die Geburtenrate. Die Ukrainer leben um 10 Jahre kürzer als die Einwohner der entwickelten Länder. Die Finanzierung des Bereiches missachtet die Normen der geltenden Gesetzgebung und, in erster Linie, die verfassungsmäßigen Rechte der ukrainischen Bürger auf medizinische Betreuung und das Recht der Mediziner auf angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung.

**In den Tagen, als die Macht den Jahrestag der orangefarbenen Revolution feierte, traten die Ärzte des regionalen Lwowskaja klinischen Krankenhauses in den Hungerstreik, indem sie eine Gehaltserhöhung und Reformen im Gesundheitswesen verlangten.**

Wie die Internet-Ausgabe „Glawred“ mitteilt, sei eine solche traditionelle Protestform wie Hungerstreik den Mitarbeitern des Gesundheitswesens gesetzlich untersagt, deshalb sahen sie sich gezwungen unmittelbar an ihren Arbeitsplätzen zu hungern, nachdem sie eine Forderungsliste an den Präsidenten der Ukraine,

den Hauptverwaltungsleiter für Gesundheitswesen der staatlichen Lwowskaja Regionaladministration, Igor Geritsch, und den Hauptarzt des regionalen Lwowskaja klinischen Krankenhauses, Alexander Lemischko, zusammengestellt hatten.

Nach dem Worten der Leitung der Freien Gewerkschaft des Krankenhauses, beteiligten sich an der Protestaktion über 120 Menschen. Eine der Hungernden, Natalia Gotj, die zum Präsidium der Konföderation der freien Gewerkschaften der Lwowskaja Region gehört, erzählt der „Glawred“, dass sich die Zahl der Hungerstreikenden einen Tag später auf 20 Teilnehme reduzierte, die Mehrzahl von ihnen machten die Krankenschwestern aus. Sie behauptet über ausgeübten Druck auf die Mitarbeiter des Krankenhauses, indem sie mit der Entlassung eingeschüchert wurden:

„Auf die Menschen wird kolossaler Druck gemacht. Als sie z.B. sahen, dass man die Namen der Menschen mit weißen Kopfbinden in eine Liste einträgt, nahmen viele sie ab, weil sie um ihren Arbeitsplatz bangen“.

Der stellvertretende Vorsitzende der Freien Gewerkschaft der Mediziner Dmitrij Rybko behauptet, dass die Vorwürfe der Geschäftsführung des Krankenhauses in einer politischen Aktion unbegründet seien. Das Gehalt von Dmitrij Rybak, der selbst als Urologe arbeitet, macht heute 650 Griwna aus, auf die er um vier Kinder sorgen muss:

„Ware dieses Gehalt angemessen für einen Arzt?“, fragt Dmitrij Rybko. „Am Dienstag habe ich 350 Kopfbinden unter die Mitarbeiter des Krankenhauses verteilt, doch ein paar Stunden später haben die Leute sie bereits abgenommen, weil sie eingeschüchert sind“.

Die Initiative der Ärzte aus Lwow wurde von ihren Kollegen aus zahlreichen Städten der Lwowskaja Region, sowie aus Luzk, Wolynj, Kiew, Ternopol, Saporoschje und Donezk unterstützt“.

## Vertreter der Oppositionspartei verlangte die Auszahlung der Verschuldung an die Mitarbeiter der Bildungssphäre

■ Am 29. November stellte die Angeordnete der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei (vereinigten) Tamara Proschkuratowa von der Tribüne der Werchowonaja Rada u. a. fest:

„Vor einem Jahr verabschiedete die Werchowonaja Rada auf Anregung der Abgeordneten der Fraktion der SDPU (V) das Gesetz über die Restrukturierung der verschuldeten Auszahlungen den pädagogischen und wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeitern, die aufgrund des Artikels 57 des Gesetzes der Ukraine „Über die Volksbildung“ vorgesehen sind. Doch dutzende eingehende Briefe zeugen davon, dass diese Fragen in manchen Kreisen nicht gelöst werden.“

Ich appelliere an Sie, sehr geehrte Mitarbeiter der Bildungssphäre, schreiben Sie an mich bzw. andere Fraktionsabgeordnete, wo diese Fragen ebenfalls nicht entschieden werden. Wir werden diese Kreise, die Namen ihrer Chefs benennen und alles unternehmen, damit den Lehrern diese Auszahlungen zukommen.

Die Fraktion der SDPU (V) bringt ihre Empörung darüber zum Ausdruck, dass der Ministerkabinet durch seine Anordnung die kommunalen Auszahlungen an Lehrer, Ärzte und Mitarbeiter der Kultur in ländlichen Gebieten eingestellt hat. Wir verlangen die Wiederaufnahme dieser Auszahlungen, weil sie der einzige Anreiz waren, wieso der Lehrer einen Arbeitsplatz auf dem Dorf akzeptierte“.

## Die Macht verletzt die Rechte ehemaliger Soldaten

■ **Über 20.000 Veteranen des Afghanistan-Krieges\* blockierten staatliche Behörden in der ganzen Ukraine, indem sie gegen ihre Vernachlässigung seitens des Staats protestierten. Die Aktionen des gesamtukrainischen Veteranen-protests erstreckten sich auf 15 Städte der Ukraine**

Wie die Zeitung „Towarysch“<sup>\*\*\*</sup> kommentiert, hätten Ignoranz ihrer Appelle und Schreiben, herabwürdigende Haltung staatlicher Stellen und erbärmliche staatliche Almosen die „Afghanen“ gezwungen, zu solchen radikalen Mitteln zu greifen, um den Staat an seine Helden zu erinnern.

Der Staat zahlt heute den Familien der Gefallenen eine monatliche Entschädigung von 29 Griwna (etwa \$7) aus. Und die Soldaten, die verkrüppelt vom Krieg zurückkehrt sind, erhalten 270 Griwna.

Bereits am 31. Mai hat der Ukrainische Verband der Afghanistan-Veteranen (USBA) mit seiner Protestaktion „Gemeinsam sind wir stark: eine Mahnung“ alle Machtzweige eindeutig gewarnt, dass er die Vernachlässigung der sozialen Garantien für alle, die ihre Pflicht vor der Heimat seinerzeit erfüllt haben, für die Familien der gefallenen und Kriegsinvaliden nicht dulden würde. Vor der Werchowna-ja Rada wurde ein Zeltlager aufgeschlagen, die Aktionsorganisatoren sammelten für ihre Unterstützung dutzendtausende Unterschriften. Doch von der Regierung kam keine Hilfe. Die Versprechungen des Parlamentsvorsitzenden

\* Armeeingehörige der Sowjetunion nahmen am Krieg in Afghanistan teil, der vom 25. Dezember 1979 bis zum 15. Februar 1989 dauerte.

\*\* Druckorgan der Sozialistischen Partei der Ukraine

Wladimir Litwin, die Situation zu verbessern, erwiesen sich als leichtfertig. Die damalige Premierministerin der Ukraine Julia Timoschenko versprach ein persönliches Treffen mit den „Feldkommandeuren“. Das Gespräch fand tatsächlich statt, Julia Timoschenko akzeptierte alle Forderungen der Protestteilnehmer, doch am nächsten Tag unterschrieb sie eine Anordnung, die das Anliegen faktisch ignorierte.

Im Staatshaushalt und den regionalen Haushältern für das kommende Jahr wird die finanzielle Unterstützung dieser sozial nicht abgesicherten Kategorie der ukrainischen Bürger ein weiteres Mal reduziert. Bis jetzt wurde keine staatliche Behörde geschaffen, die die Aufgaben des aufgelösten Komitees für die Angelegenheiten der Veteranen übernehmen könnte. Nach wie vor werden die militärischen Krankenhäuser abgebaut und das einzige Sanatorium für die Teilnehmer des Afghanistan-Krieges ruiniert.

**Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen beschuldigen Beamte des Verteidigungsministeriums der Korruption, die das Wohnungsbauprogramm für Armeeingehörige scheitern ließ**

■ **Die Vertreter einiger gesellschaftlicher Organisationen verlangten von Wiktor Juschtschenko den Rücktritt des Verteidigungsministers der Ukraine, Anatolij Grizenko, und seines Stellvertreters Wjatscheslaw Kredisow.**

Wie die Zeitung „2000“ mitteilt, haben der Vorstandsvorsitzende der Internationalen Liga für den Schutz der Menschenrechte in der Ukraine, Eduard Bagirow, der Vorsitzende der Kiewer Stadtorganisation der Armeeingehörigen „Witjaz“, Wladimir Nemtinow, und der Hauptberater des parlamentarischen Ausschusses zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption, Pawel Barnazlij, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Kiew erklärt, dass die Führung des Verteidigungsministeriums in Korruptionssaffären verwickelt sei, die das Wohnungsbauprogramm für Armeeingehörige scheitern ließen.

Nach Angaben Herrn Bagirows, wurden im Haushalt 2005 etwa 210 Mio. Griwna für die Lösung des Wohnungsproblems in der Armee vorgesehen, doch die meisten Mittel, 148 Mio. Griwna, verwendete das Ministerium nicht. „Am 31. Dezember werden diese Gelder von den Konten des Verteidigungsministeriums abgebucht und dem Finanzministerium überwiesen“, stellte er fest und vermerkte dazu, dass der wichtigste Fehler in der Arbeit der Verteidigungsbehörde darin liegt, „das Geld zu haben, aber es nicht realisieren zu können“.

Eduard Bagirow ist überzeugt, dass das Fiasko des Wohnungsbauprogramms wie durch die Ausweitung der Korruption im Verteidigungsministerium als auch die zweckfremden Verwendung und den ungesetzlichen Verkauf der Grundstücke hervorgerufen wurde, die sich im Besitz des Ministeriums befinden. Als Beispiel führte er den Fall an, als das Ministerium einem Investor den Verkauf des Grundstücks in der Siedlung Kozubinskoje für 250 Mio. Griwna verweigerte, aber es später für 70 Mio. Griwna absetzte. Eine ähnliche Situation passierte,

nach seinen Worten, mit dem Grundstück in der Podwysozkaja Straße in Kiew.

Wie Wladimir Nemtinow sagte, werde er auf dem Rücktritt Anatolij Grizenko und seines Stellvertreters Wjatscheslaw Kredisow bestehen, weil die beiden statt der Lösung konkreter Fragen den „Populismus“ betreiben. Er erinnerte daran, dass Grizenko nach seiner Ernennung über 100 Verträge über Versorgung der Armeeingehörigen mit Wohnungen gekündigt habe. Als Begründung habe er eine so genannte Korruptionsanfälligkeit der Verträge angeführt. „Doch bis jetzt ist kein einziges strafrechtliches Verfahren eingeleitet worden. Folglich hat man nur fremde Investoren gegen die eigenen ausgewechselt“.

Er erinnerte auch an die Erklärung Grizenkos, die am 29. April getätigt wurde. Damals sagte der Verteidigungsminister, dass 2005 die Armeeingehörigen um das 3- bis 4fache mehr Wohnungen erhalten würden, als in allen vorangegangenen Jahren. „Insgesamt sollte das zwischen 15.000 und 16.000 Wohnungen ausmachen“, stellte Nemtinow fest und vermerkte, tatsächlich sei es nur über 1.641 Wohnungen bekannt, in denen nur 600 Einzüge gefeiert wurden.

Die Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen informierten weiter, dass die Zeitung „Prawda Ukrainy“ vor kurzem einen Beitrag über die Korruptionsfälle im Verteidigungsministerium veröffentlicht hatte. „Als der Artikel erschien, kontaktierten den Autor gleich die Offiziere aus dem Pressedienst des Verteidigungsministeriums. Etwas später gingen Drohungen an die Adresse des Chefredakteurs der „Prawda Ukrainy“ ein. Im Ministerium verlor man Kontrolle über die Situation und versuchte deshalb, auf Massenmedien Druck zu machen“, stellte E. Bagirow abschließend fest.

## MP-Schützen exmittieren eine Kinderbibliothek, ihr Kollektiv wirft der Macht Tatenlosigkeit und Duldung der Gesetzlosigkeit vor

■ **Poltawa verlor eine Bibliothek mit dem einzigartigen 150.000-Bücherbestand, und fast 10.000 junge Leser blieben ohne ihre Kulturstätte**

Wie die Nachrichtenagentur UNIAN mitteilt, sei die regionale Kinderbibliothek namens Panas Mirnij in Poltawa Ende November von MPs bewaffneten Personen überfallen. Sie jagten die Kinder hinaus, die sich augenblicklich in der Bibliothek befanden, und führten einen besonderen Einlassbetrieb ein, indem sie nur die Befehle der neuen Eigentümer erfüllten.

1973 wurden die Räumlichkeiten, in denen sich jetzt die Bibliothek befindet, speziell für die Bibliothek eingerichtet. Seit 2001 entfesselte sich aber ein richtiger Kampf um sie: die Räumlichkeiten wurden abwechselnd mehreren kommerziellen Strukturen verkauft, die jedes Mal vom Gericht eine Zwangsaussiedlung der Bibliothek verlangten. Die ganze Geschichte endete nicht zugunsten der Bibliothek, die aber nicht ausziehen konnte, da das Bürgermeisteramt keine neuen Räumlichkeiten zur Verfügung stellte.

Zur gleichen Zeit stellt das Bibliothekkollektiv fest, dass das Appellationsgericht noch nicht in dem Einspruch gegen die zwangsweise Exmittierung verhandelt hat, weil die für den 10. November festgelegte Verhandlung auf Bitte der neuen Eigentümer verschoben wurde. Das Bibliothekkollektiv meint, die Staatsanwaltschaft habe deshalb das Recht, die zwangsweise Exmittierung als gesetzwidrig einzustellen, doch die Vertreter der Staatsanwaltschaft erscheinen nicht vor Ort.

Zum Schutz der Bibliothek setzten sich mehrmals das Ministerium für Kultur, führende ukrainische Kunstschaffende ein, doch die Rechtsschutzorgane wollen sich zum Schutz der Kinderrechte nicht äußern.

Nach dem Gerichtsbeschluss hätte man die Bibliothek bereits im September 2005 exmittieren müssen, doch die Öffentlichkeit Poltawas konnte damals ihre Räumlichkeiten verteidigen, indem man den Eingang blockierte und die Gerichtsvollzieher nicht einließ. An der Protestaktion gegen den Beschluss des Oktjabrskij Bezirksgerichtshofs Poltawa über die Zuweisung der Räumlichkeiten an eine Gruppe örtlicher Unternehmer beteiligten sich Aktivisten der SDPU (V) und der Sozialistischen Partei der Ukraine. Die Führung der staatlichen Regionaladministration musste über ihre Absicht erklären, das Bibliotheksgebäude ins kommunale Eigentum zurückzuführen.

In der Nacht auf den 11. Oktober kam es in der Bibliothek zu einem Brand, der über 300 Bücher vernichtete, darunter neue und alte, die sehr wertvoll waren. Nach den Worten des Bibliothekwächters, sei der Brand dadurch verursacht worden, dass unbekannte Personen ein Fenster einschlugen und einen Rauchkörper einwarfen.

**Das Kollektiv der regionalen Kinderbibliothek namens Panas Mirnij in Poltawa ließ einen Offenen Brief an den Vorsitzenden des Poltawskij Regionalrats, Wladimir Grischko, verbreiten.**

Die Mitarbeiter der Bibliothek beschuldigen W. Grischko der Tatenlosigkeit während der letzten drei Jahre, als die Frage der neuen Räumlichkeiten für die Bibliothek brennend wurde, da die von ihr gemieteten Räumlichkeiten den privaten Strukturen übergeben worden waren. Das Mitarbeiterkollektiv wirft dem Vorsitzenden des Regionalrats Gleichgültigkeit für das Schicksal der Kindereinrichtung vor. Aus-



Leonid Schkolnik

gerechnet die Tatenlosigkeit W. Grischkos, sind die Bibliothekarinnen sicher, habe zu diesem traurigen Finale geführt.

Das Kollektiv der Bibliothek ruft den Präsidenten, die Werchowynaja Rada und den Generalstaatsanwalt auf, diese Willkür zu stoppen.

„Wenn im 21. Jahrhundert in der Ukraine ungestraft Bücher verbrannt, Kinder aus der Bibliothek mit Maschinenpistolen hinausgeschickt und Bibliotheken versiegelt werden, darf es dafür keine Rechtfertigung geben!“, wird in dem Brief festgestellt, der vom Direktor der Bibliothek Leonid Tschobitjko und der Sekretärin des Öffentlichen Rats der Bibliothek Olga Klimko unterschrieben ist.

## Leiter gesellschaftlicher Organisationen beschuldigen die Macht der Missachtung der Verbraucherrechte

■ Der erste Präsident der Ukraine, Vorsitzende der parlamentarischen Fraktion der SDPU (V) und Leiter des Bürgerforums „Vereinigen wir die Ukraine!“, Leonid Krawtschuk, und der Leiter der gesellschaftlichen Organisation „Der Verbraucherverband der Ukraine“, Leonid Schkolnik, unterschrieben einen Vertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Kontrolle über das Vorgehen der Macht beim Verbraucherschutz.

Wie die Internet-Ausgabe „Polit-Terror“ mitteilt, habe dabei Leonid Krawtschuk erklärt: „Tausende Menschen sterben heute, weil sie minderwertige Nahrungsmittel verzehren. Wegen der Gewinnlust werden in die Ukraine minderwertige Waren eingeführt, während es im Land leider keinen wirksamen Mechanismus der professionellen öffentlichen Kontrolle über die Handlungen der Macht in diesem Bereich gibt“.

Seinerseits vermerkte Leonid Schkolnik, dass „die ukrainische Macht nicht einmal kleinste Versuche unternommen hat, den Dialog zwischen der Macht und dem Bürger aufzubauen. Die Macht stellt keine müde Kopeke für den Verbraucherschutz zur Verfügung, deshalb werden sogar Broschüren mit Informationsmaterial über Verbraucherrechte auf die Gelder herausgegeben, die aus Amerika und Kanada kommen“.

## Leiter der Musikgruppe erklärte über Verletzung der intellektuellen Rechte

■ Der Leiter der populären Musikgruppe „BB“ Oleg Skripka erklärte auf der Pressekonferenz „Die Menschenrechte in der Ukraine auf dem Weg in die EU“, dass das Niveau der Menschenrechtverletzungen in der Ukraine nur durch gemeinsame Anstrengungen der Gesellschaft gesenkt werden kann.

Wie die Nachrichtenagentur „LIGABusinessinform“ mitteilt, habe der Musiker daran erinnert, dass eine der Voraussetzungen für den EU-Beitritt die Einhaltung der intellektuellen Rechte sei, während die vorhandenen Probleme in diesem Bereich den Weg der Ukraine zur europäischen Integration verbauen.

Nach seiner Meinung sei das Volumen der illegalen Produktion in der Ukraine verblüffend. Dabei unternehme die Macht keine Anstrengungen zur Bekämpfung der intellektuellen Piraterie, weshalb die Musiker, die über Urheberrechte verfügen, riesige Verluste tragen.

„Wie sehen ein, dass an den Piratenprodukten gewöhnliche Menschen verdienen, die sich selbst, ihre Familien und Kinder ernähren müssen. Das ist ein weiteres Problem der Gesellschaft, wieso die Menschen das Gesetz ganz bewusst brechen. Deshalb sollte der Staat, die Macht, diesen Problemen mehr Aufmerksamkeit schenken“. Als er die Frage beantwortete, welche Schäden der Gruppe „BB“ durch Piraterie zugefügt wurden, vermerkte O. Skripka, sie könnte man nur hypothetisch zusammenrechnen.

„Das Problem besteht nicht darin, dass ich die Taschen noch nicht voll gestopft hätte, sondern darin, dass bei uns sich die moderne



Oleg Skripka

ukrainische Kultur nicht weiter entwickelt. Sie stirbt langsam ab“.

## Menschenrechtler werfen der Macht Duldung bei der Werbung sexueller Dienstleistungen

■ Der Presssprecher der gesellschaftlichen Menschenrechtsorganisation „Das Jugendzentrum Kiews für den Schutz der Frauenrechte“, Artur Gorin stellte fest, dass die in der Ukraine bei voller tatenloser Duldung der Macht erscheinenden amerikanischen Printmedien die Ausbreitung der Prostitution im Land fördern

Wie die Internet-Ausgabe „Bez zensury.com“ mitteilt, sei die Prostitution in der Ukraine gesetzlich untersagt, nicht desto weniger veröffentlichen einige Medien, unter anderem die Zeitungen „Kyiv Post“ und „Afis-

cha“, Materialien mit Werbung für sexuelle Dienstleistungen.

Artur Gorin zeigte sich empört, dass weder die Machtorgane, noch das Innenministerium, noch die Staatsanwaltschaft, noch die Aufsichtsbehörden über die Massenmedien irgendwelche Schritte zur Bekämpfung dieser verbrecherischen Aktivitäten unternehmen.

„Die Duldung geschieht in der Zeit, als die Ukraine nach den Aids-Erkrankungen einen der ersten Plätze in Europa einnimmt“.

Ihre Empörung über die Popularisierung der Prostitution in den Ausgaben „Kyiv Post“ und „Afischa“ brachte auch die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation „Das Jugendzentrum Kiew für den Schutz der Frauenrechte“, Natalia Tkatsch.

„Wie kann nach 14 Jahren der Unabhängigkeit in der Ukraine der Handel mit lebendiger Ware so gedeihen? Diese Ausgaben treten eigentlich wie Zuhälter auf“.

Nach den Worten der Vorsitzenden des gesellschaftlichen Rates „Frauenperspektiven“, Marina Saprykina, seien in der Ukraine nach inoffiziellen Angaben ca. 150.000 im Alter von 18 bis 30 Jahren im Sexgeschäft beschäftigt.

Die Menschenrechtler appellierten an die Massenmedien nicht die Materialien zu veröffentlichen, die sexuelle Dienstleistungen anbelangen, und erklärten über ihre Unterstützung der Protestaktion gegen die Prostitution und ihre Popularisierung, die am 29. November die gesellschaftliche Organisation „Die ukrainische sozialdemokratische Jugend“ (USDM) veranstaltete. Auf der Protestaktion verlangten die Streikposten von den Redaktionen der Kyiv Post“ und „Afischa“ ultimativ, die provokative Werbung einzustellen.

## Einwohner Kiews beschuldigte Mitarbeiter des Detoxikationszentrums gesetzwidriger Handlungen gegen alkoholvergiftete Personen

■ Die Zeitung „Wetschernije westi“ veröffentlichte die Aussagen des Einwohners Kiews, Alexander K., dessen Rechte im Zentrum für dringende Detoxikation für alkoholvergiftete Personen (eine Ernüchterungsanstalt) verletzt wurden. Nachstehend werden sie gekürzt wiedergegeben:

„Man brachte uns in die Ernüchterungsanstalt im Podol. Dort wurden uns alle Kleidungsstücke, das ganze Geld und überhaupt alles abgenommen, was in den Taschen lag. Dann band man uns fest und nahm gewaltsam Blutproben aus der Vene. Anschließend wurden wir in ein Zimmer für 12 Personen geworfen. Keine einzige Spur von Hygiene! Auf der Toilette kriechen riesige Kakerlaken, alle laufen dorthin barfußig, weil keine Latschen ausgegeben werden. Ich sah dort keinen einzigen Mediziner. Die ganze Behandlung - mit Gummiknüppel auf den Kopf! Unser Zimmer hat die medizinische Schwester zugeschlossen und ist für die ganze Nacht weggegangen. Am Morgen erschien die Ärztin, die von uns je 80 Griwna für die Behandlung verlangte. Unsere Verwandten wussten nichts über unseren Verbleib, weil das Personal sie einfach nicht angerufen hatte! Am Morgen konnte ich sie überreden, meine Frau anzurufen, unter dem Vorwand, dass sie 80 Griwna bringen sollte. Sie kam an, zahlte das „Lösegeld“ und holte mich nach Hause ab. Die 15 Griwna, die ich in der Tasche hatte, wurden nicht zurückgegeben. Die Menschenrechte sind in unserem Land nach wie vor leerer Schall!“.

---

Бюллетень Социал-демократической  
партии Украины (Объединенной)

**Нарушение прав человека  
и политические репрессии в Украине**

Декабрь, 2005

На немецком языке

Художественный редактор *О. М. Говзан*

Корректор *Н. П. Степенко*

Подписано в печать 19.12.05.

Формат 84×108 1/32. Усл. печ. л. 2,52.

Усл. краскоотт. 3,0. Уч.-изд. л. 3,59. Тираж 200 экз.

Заказ №5-2107.

Издательство «Довіра»

ул. Киквидзе, 2/34, Киев-103, 01103

Киевская нотная фабрика

ул. Фрунзе, 51а, Киев-80, 04080

**Нарушение** прав человека и политические репрессии в  
Н30 Украине. На нем. яз. Декабрь, 2005: Бюл. Социал-демокр.  
партии Украины (Объед.) / Редкол.: Л. М. Кравчук и др. — К.:  
Довіра, 2005. — 47 с.: ил.

ISBN 966-507-185-8

**ББК 66.3(НЕМ)6**

# Menschenrecht- verletzungen und politische Repressalien in der Ukraine

<b>POLITISCHE VERFOLGUNGEN . . . . .</b>	<b>5</b>
<b>WILLKÜR DER RECHTSCHUTZ- UND RICHTSORGANE . . . . .</b>	<b>23</b>
<b>DRUCK AUF UNTERNEHMER . . . . .</b>	<b>30</b>
<b>XENOPHOBIE UND EINGRIFFE IN GEWISSENSFREIHEIT . . . . .</b>	<b>32</b>
<b>MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT . . . . .</b>	<b>36</b>
<b>FREIHEIT FRIEDLICHER VERSAMMLUNGEN . . . . .</b>	<b>38</b>
<b>MISSACHTUNG BÜRGERLICHER RECHTE . . . . .</b>	<b>40</b>